

banken magazin

AUS LIECHTENSTEIN | Ausgabe 31 | Sommer 2014

IWF-LÄNDERASSESSMENT

Interview mit FIU-Leiter Daniel Thelesklaf

FATCA

Gleich lange Spiesse fraglich

VERTRAUEN UND PERFORMANCE

Studie zum Anlageverhalten von Bankkunden



LIECHTENSTEINISCHER
BANKENVERBAND

Fakten sind Tatsachen, die auf Erfahrungen beruhen und an denen es nichts mehr zu rütteln gibt, genau so wenig wie am Gemäuer der Inkas Ruinen Stadt Machu Picchu.



© klublu - Fotolia.com



Impressum

Das BANKENMAGAZIN ist eine Publikation des Liechtensteinischen Bankenverbandes. Es erscheint vierteljährlich.

V.f.d.I. Simon Tribelhorn, Geschäftsführer

Liechtensteinischer Bankenverband

Austrasse 46, 9490 Vaduz, Fürstentum Liechtenstein

T: +423 230 13 23, F: +423 230 13 24

info@bankenverband.li, www.bankenverband.li

Fakten schaffen



Liebe Leserinnen und Leser

Der Sommer bringt uns Sonnenstunden, Abende im Freien und die Ferienzeit. Der Sommer steht aber auch für die Ernte der ersten reifen Früchte in diesem Jahr. Anders gesagt, in Liechtenstein folgen den Worten Taten und aus Taten erwachsen Tatsachen, eben Fakten.

Diese Ausgabe des Bankenmagazins steht unter dem Motto „Fakten“. Fakten zur Entwicklung des Finanzplatzes Liechtenstein zeigten wir im Juni vor Parlamentariern, Wirtschafts- und Medienvertretern in Wien und Berlin auf (Seite 14). Dass Liechtenstein bereits Fakten schafft, anerkennen auch der Leiter der österreichischen Denkfabrik Agenda Austria (Seite 16) und die Prüfer des IWF-Länderassessments (Seite 18). Auch mit der Unterzeichnung des Abkommens zur FATCA-Umsetzung hat Liechtenstein Zeichen gesetzt. Was sich dahinter verbirgt und welche Konsequenzen daraus entstehen, erklärt Jochen Jaeger im Interview (Seite 26). Tatsachen wurden auch mit den EU-Wahlen im Mai geschaffen (Seite 24). Was das für die Banken bedeutet, sagt Pierfrancesco Gaggi vom italienischen Bankenverband im Interview (Seite 20). Kurz vor der Wahl zum EU-Parlament verabschiedeten die Abgeordneten noch die Zahlungskontenrichtlinie, die das Recht auf ein Basiskonto für jedermann in der EU verankern soll. Fakt ist nämlich, dass etwa 30 Millionen Erwachsene in der EU ohne Zugang zu Bankdienstleistungen leben. Das soll sich nun ändern (Seite 30). Welche Fakten Anleger schaffen, fand die Universität Linz in einer Befragung zum Anlageverhalten heraus (Seite 36). Und wie die LGT mit Nachhaltigkeit Fakten schafft, zeigt Sustainability-Managerin Ursula Finsterwald auf (Seite 32).

Wir wünschen unseren Lesern eine angenehme Sommerzeit und eine spannende Lektüre dieser Ausgabe des Bankenmagazins.

Simon Tribelhorn
Geschäftsführer

4 News und Hintergründe

14 Gedankenaustausch in Wien

LBV informiert über die Entwicklungen am Finanzplatz

16 Blick über die Grenze

Franz Schellhorn über die Denkfabrik Agenda Austria



18 IWF-Report

Interview mit FIU-Leiter Daniel Thelesklaf

20 Towards a simpler Europe

Interview with Pierfrancesco Gaggi

24 European Elections

A View from Brussels

26 FATCA

Gleich lange Spiesse fraglich



30 Financial Inclusion

Was die Zahlungskontenrichtlinie für die Banken bedeutet

32 Nachhaltigkeit

Wie die LGT nicht-finanzielle Chancen und Risiken behandelt

36 Anlageverhalten

Worauf Private Banking-Kunden achten

News



Gedankenaustausch in Wien

Am 11. Juni 2014 lud der Liechtensteinische Bankenverband (LBV) bereits zum zweiten Mal Vertreter aus Österreichs Politik, Wirtschaft und Medien zum Gedankenaustausch. Die Veranstaltung im neu renovierten Stadtpalais Liechtenstein stiess auf positive Resonanz

und stellte einen weiteren Höhepunkt der guten Beziehungen zwischen den Finanz- und Wirtschaftsstandorten Österreich und Liechtenstein dar (siehe auch Seite 14).



Parlamentarischer Abend in Berlin

Am 24. Juni organisierte der Liechtensteinische Bankenverband den 3. Parlamentarischen Abend in Berlin. Der Anlass fand in nächster Nähe zum Reichstagsgebäude in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft, dem Sitz der gleichnamigen überparteilichen Vereinigung der deutschen Abgeordneten, statt. Unter der Schirmherrschaft des SPD-Abgeordneten und

stellvertretenden finanzpolitischen Sprechers Manfred Zöllmer waren die Mitglieder mehrerer Ausschüsse geladen. Über Liechtensteins Entwicklung sprachen neben Simon Tribelhorn vom Bankenverband Wirtschaftsminister und Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer sowie FIU-Leiter Daniel Thelesklaf.

Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer ging in seiner Ansprache auf den Wirtschaftsstandort Liechtenstein und seine Beziehungen zu Deutschland ein. Besonderes Augenmerk richtete er auf die Erfolgsgeschichte des liechtensteinischen Industriestandortes und wies gleichzeitig auf die Wichtigkeit der Exportmöglichkeiten hin: „Die liechtensteinischen Unternehmen mussten seit jeher ihren Blick über die Grenze richten. Liechtensteins Heimmarkt ist schlicht zu klein. Der Blick über die Grenze ermöglichte, dass aus guten Ideen, einem Gespür für Marktbedürfnisse, aus Erfindergeist und Entwicklergeist Familienbetriebe entstanden, die sich zu weltweit tätigen Konzernen entwickelten. Einige liechtensteinische Unternehmen sind denn auch Technologie- oder Weltmarktführer.“ Anschliessend ging Simon Tribelhorn auf den Bankenplatz Liechtenstein im Zeitalter der Transparenz ein. Er beleuchtete die Transformationsbemühungen des Finanzplatzes sowie die internationale Integration Liechtensteins und die Umsetzung globaler Standards. Liechtenstein habe sich aktiv bei der Ausarbeitung des OECD-Kommentars zum Automatischen Informationsaustausch einbringen können. Er verwies aber auch darauf, dass noch einige Hausaufgaben zu erledigen seien und insbesondere die Banken hier zügig vorangehen. Daniel Thelesklaf, Leiter der liechtensteinischen Stabsstelle Financial Intelligence Unit und Vice-Chair von Moneyval, führte zudem über Liechtensteins aktive Rolle bei der Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung aus. Der Liechtensteinische Bankenverband knüpfte mit dieser Veranstaltung an die Parlamentarischen Abende im Herbst 2007 und im Herbst 2010 an. Diese Anlässe haben den Vorteil, dass in sehr persönlicher und auch vertrauensvoller Atmosphäre Gedanken ausge-

tauscht und auch kritische Punkte offen diskutiert werden können. So war die Diskussion denn auch entsprechend anregend und viele Fragen konnten beantwortet werden. „Wir werden in unseren Bestrebungen sehr ernst genommen“, fasste Simon Tribelhorn den Abend zusammen. „Aber wir werden nach wie vor auch kritisch hinterfragt, was wir durchaus auch schätzen. Diese Abende geben uns gute Gelegenheit, die Fakten zu beleuchten.“

FATCA-Informationstagung fand grossen Anklang

Rund 200 Vertreterinnen und Vertreter liechtensteinischer Finanzintermediäre und Behörden folgten am 3. Juni 2014 der Einladung des Liechtensteinischen Bankenverbandes (LBV) und informierten sich aus erster Hand über das Mitte Mai mit den USA abgeschlossene FATCA-Abkommen und dessen Konsequenzen für die Praxis. Die Veranstaltung wurde in Kooperation mit der Unternehmensberatungsgesellschaft EY organisiert und durchgeführt. Aktueller Anlass war die Unterzeichnung des zwischenstaatlichen Abkommens zur Umsetzung des Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA) nach dem sogenannten Modell-1-Ansatz zwischen Liechtenstein und den USA. Damit einhergehend sind von den liechtensteinischen Finanzintermediären und der Steuerverwaltung umfassende Pflichten zu erfüllen. So sind unter anderem bereits ab dem 1. Juli 2014 zusätzliche, spezifisch auf die Erkennung von US-Personen bezogene Identifizierungs- und Erfassungspflichten von Neukunden anzuwenden. Die Veranstaltung beinhaltete neben Vorträgen verschiedener Experten für internationale Steuerangelegenheiten auch die Behandlung konkreter Praxisfälle. Anhand einer ganzen Sammlung von Musterfällen zeigten Vertreter

des Bankenverbandes, des Anlagefondsverbandes, des Versicherungsverbandes sowie der Treuhandkammer praxisrelevante Fragestellungen aus der Perspektive Liechtensteins auf. Den Abschluss bildete eine Fragerunde, welche es den Teilnehmern ermöglichte, offene Punkte und brennende Fragen direkt mit den Experten zu diskutieren. Der grosse Andrang zeigt das Bedürfnis an Information und Aufklärung zum Thema sowohl bei Behörden als auch bei Finanzintermediären.

LBV wird Mitglied des European Parliamentary Financial Services Forum (EPFSF)

Der Liechtensteinische Bankenverband (LBV) ist ab September 2014 neues Mitglied im European Parliamentary Financial Services Forum (EPFSF). Das EPFSF fördert den Dialog zwischen dem Europäischen Parlament und der Finanzdienstleistungsbranche und bietet ein Forum für offene und informelle Gespräche über politische Themen. Liechtenstein ist zwar EWR-Mitglied und damit verpflichtet, sämtliche EU-Richtlinien zu übernehmen, ein institutionalisiertes Mitspracherecht innerhalb der EU hat das Land aber de facto nicht. Mit dem Beitritt in dieses wichtige politische Forum kann sich der Bankenverband als einer der führenden Branchenverbände in Liechtenstein künftig noch stärker in die politische Debatte auf europäischer Ebene einbringen. Das Forum besteht derzeit aus über 50 Mitgliedern des Europäischen Parlaments. Der LBV hat sich bereits in den vergangenen Jahren für eine bessere europäische und internationale Einbindung Liechtensteins stark gemacht und sein Engagement in Brüssel stetig ausgeweitet. Im Jahr 2006 wurde er zunächst Vollmitglied der EBF und im Jahr

News

Fortsetzung von Seite 5

2010 schliesslich Mitglied des European Payments Council. Seit 2013 ist der Liechtensteinische Bankenverband im EU-Transparenzregister eingetragen.

Union Bank AG neue LBV-Mitgliedsbank

Mit der Aufnahme der Union Bank AG als 15. Mitglied vertritt der Bankenverband sämtliche in Liechtenstein aktiv tätigen, volllizenzierten Banken. Auch für die Union Bank AG ist die Zusammenarbeit innerhalb des Bankenverbandes wichtig. Gerade die Entwicklungen im Finanzdienstleistungssektor der vergangenen Jahre zeigen, dass die bevorstehenden Herausforderungen nur gemeinsam erfolgreich gemeistert werden können. Dem Vorgängerinstitut der Union Bank AG wurde mit Verfügung vom 10. November 2009 eine Bankbewilligung durch die FMA erteilt. Im 1. Halbjahr 2013 erfolgte eine Umstrukturierung der Bank und der Eigentümerwechsel. Die Umfirmierung in die heutige Union Bank AG erfolgte per 29. August 2013. Zielpublikum der Union Bank AG sind vorwiegend mittelständische Unternehmer aus Osteuropa. Zu den Hauptgeschäftsfeldern zählen das Private Banking, Corporate Banking und Family Office-Dienstleistungen.

LBV begrüsst erste Passivmitglieder

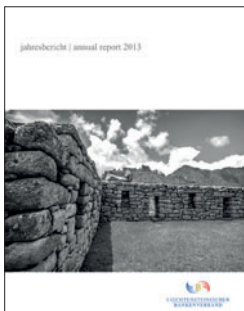
Im Februar 2014 hatte der Liechtensteinische Bankenverband (LBV) sein Leistungsangebot für weitere Interessenten geöffnet und die Passivmitgliedschaft eingeführt. Zum 1. Juli 2014 wurden nun die ersten beiden Passivmitglieder, PricewaterhouseCoopers, Zürich, sowie Ott, Hagen & Partner, offiziell im LBV aufgenommen. Mit der Passivmitgliedschaft öffnet der LBV einen Teil seiner

Dienstleistungen auch für andere Finanzplatzteilnehmer. Der Verband begegnet damit einem wachsenden Bedürfnis am Finanzplatz und bietet die Möglichkeit, Synergien sinnvoll zu nutzen, Ressourcen zu bündeln und Doppelspurigkeiten zu vermeiden. Passivmitglieder profitieren von einem Teil der Leistungen des Verbandes, sind aber ohne Mitspracherecht. Das Angebot richtet sich an Beratungsgesellschaften, Revisionsgesellschaften, Anwaltskanzleien sowie Unternehmen, welche von der FMA beaufsichtigt werden und keine Banken sind, wie zum Beispiel Treuhandgesellschaften, Versicherungsgesellschaften, Vermögensverwaltungsunternehmen oder Investmentunternehmen. Als Entgelt für das entsprechende Leistungsangebot verpflichten sich die Passivmitglieder zur Zahlung eines jährlichen Passivmitgliederbeitrages. Die Höhe orientiert sich am Dienstleistungsumfang.

Neue Mitglieder im LBV-Anlegerschutzsystem

Aufgrund der steigenden Herausforderung auf dem Finanzplatz Liechtenstein und der Notwendigkeit, dass auch andere Finanzintermediäre, welche MiFID-Dienstleistungen erbringen, sich einem Anlegerschutzsystem anschliessen können, hat die Generalversammlung des Bankenverbandes im vergangenen März beschlossen, die von den Banken gegründete Einlagensicherungs- und Anlegerschutz-Stiftung (EAS) auch für andere liechtensteinische Finanzintermediäre zu öffnen. Sowohl die Timber Hill (Liechtenstein) AG, eine Wertpapierfirma nach dem BankG, als auch die Vermögensverwaltungsgesellschaft Apex Asset Management AG haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht und ein entsprechendes Aufnahmegesuch gestellt, welches von EAS und LBV entsprechend gutgeheiss-

sen wurde. Mit der Aufnahme in das Anlegerschutzsystem schafft der Bankenverband eine wesentliche Grundlage für den ungehinderten Zugang zum Europäischen Binnenmarkt für diese beiden Gesellschaften.



Jahresbericht 2013: Bankenverband zufrieden

Der Liechtensteinische Bankenverband (LBV) hat seinen Geschäftsbericht für das Jahr 2013 publiziert, welcher dieser Ausgabe beiliegt. Darin weisen die 14 dem Verband per Ende 2013 angeschlossenen Banken ein positives Ergebnis aus. Auch der Verband selbst kann auf ein intensives und erfolgreiches Jahr für den

Bankenplatz zurückblicken. Die Banken verzeichneten 2013 gesamthaft einen Bruttogewinn von CHF 377 Mio. (-3 Prozent). Das Ergebnis aus normaler Geschäftstätigkeit ist mit CHF 267 Mio. leicht über Vorjahresniveau. Wie in den beiden Vorjahren konnten die Banken ihre Position sowohl in Liechtenstein als auch auf konsolidierter Basis, das bedeutet unter Einbezug der Tätigkeit der Banken im Ausland, ausbauen und die verwalteten Vermögen erhöhen. Die in Liechtenstein betreuten Kundenvermögen wuchsen um rund 1,6 Prozent auf CHF 120,2 Mrd. Mit einem konsolidierten Netto-Neugeldzufluss von CHF 7,9 Mrd. betreuen die liechtensteinischen Banken weltweit Vermögenswerte mit einem Volumen von CHF 195,4 Mrd. Der seit Mitte 2010 feststellbare Trend hin zu verstärkten Neugeldzuflüssen wird erneut deutlich

bestätigt. Die liechtensteinischen Banken behaupten sich damit in einem sehr anspruchsvollem Umfeld und werden als vertrauenswürdige Partner geschätzt. Der Liechtensteinische Bankenverband leistet auf der Basis der freiwilligen Mitgliedschaft wertvolle Unterstützungs- und Lobbyarbeit zugunsten aller angeschlossenen Banken und neu auch der Passivmitglieder. Auch im Jahr 2013 hat der Verband mit zahlreichen Aktivitäten die Interessen der Banken im In- und Ausland vertreten. Die Geschäftsstelle des Bankenverbandes sowie zahlreiche Mitarbeitende der Mitgliedsbanken haben auf nationaler und internationaler Ebene etliche Gesetzesvorhaben begleitet, die Rahmenbedingungen gestärkt und Beziehungen auf hohem Niveau vertieft. So arbeiteten 2013 mehr als 100 Mitarbeitende diverser Mitgliedsbanken in verschiedenen Ausschüssen und zahlreichen Arbeitsgruppen an der Entwicklung des Bankenplatzes intensiv mit.



Rund ums Geld

Im April 2014 startete der Liechtensteinische Bankenverband unter dem Titel „Rund ums Geld“ zum ersten Mal ein kostenloses Schulungsangebot für Erwachsene ohne Vorkenntnisse. Die drei Module wurden durchgeführt vom CYP-Kompetenzzentrum für bankfachliche Grundbildung und hatten zum Ziel, Finanzgrundwissen zu vermitteln. Im ersten von drei Modulen konnten die rund 30 Teilnehmenden

News

Fortsetzung von Seite 7

auf spielerische Weise erfahren, welche volkswirtschaftlichen Aufgaben eine Bank hat und wie diese ihr Geld verdient. Im zweiten Modul mit dem Titel „Geld sparen oder anlegen?“ wurden mögliche Spar- und Anlagemöglichkeiten vermittelt und gezeigt, wie ein Anlageberatungsgespräch bei einer Bank abläuft. Mit der Bestimmung des eigenen individuellen Risikoprofils waren die Teilnehmenden bestens gerüstet für das dritte Modul. In diesem erhielten sie ein fiktives Guthaben von CHF 150'000 und konnten in mehreren Spielrunden überprüfen, was ihre Anlagestrategie für einen Einfluss auf ihr fiktives Guthaben hat. Dabei erfuhren sie auch, welche Chancen und Risiken mit verschiedenen Finanzprodukten wie Aktien, Obligationen und Fonds verbunden sind. Der Liechtensteinische Bankenverband und das CYP freuten sich über das durchwegs positive Feedback der Anwesenden zu den drei Modulen.



Bankenverband-App in neuem Kleid

Seit mehr als einem Jahr stehen sowohl das Bankenmagazin als auch der LBV-Jahresbericht als App für Apple (iPhone und iPad) zur Verfügung. Der Bankenverband hat die Bedienerfreundlichkeit nochmals angepasst. Neu stehen zudem

beide Publikationen in einer App zur Verfügung. Ebenso bietet die App Zugriff auf das gesamte Bankenmagazin-Archiv und damit auf die bisherigen Ausgaben. Wer auf die Zusendung der Druckversion des Jahresberichts oder des Bankenmagazins verzichten und nur noch die App nutzen möchte, kann dies

ebenfalls via App mitteilen. Der abgebildete QR-Code führt direkt zur neuen App.



8. Liechtensteinischer Bankentag

Am 3. September 2014 wird in Vaduz der 8. Liechtensteinische Bankentag stattfinden. Der Liechtensteinische Bankenverband hat die aktuellen Entwicklungen hinsichtlich des internationalen Austausches von Steuerinformationen zum Anlass genommen, den Vordenker in Sachen Steuerkooperation, Pascal Saint-Amans, Direktor des Zentrums

für Steuerpolitik bei der OECD, als Keynote Speaker einzuladen. Er wird die Konsequenzen der Einführung des Automatischen Informationsaustausches, die Rolle der OECD und die Grenzen der Transparenz näher beleuchten und auf die Bedeutung der Entwicklung für Kleinststaaten wie Liechtenstein eingehen.

Energie-Netzwerk für die Wirtschaft

Am 3. Juni 2014 lud die VP Bank AG in Vaduz zum 3. Erfahrungsaustausch Energie-Netzwerk für die Wirtschaft. Im Rahmen der Veranstaltung wurden innovative Konzepte zur Nachhaltigkeit in der Energiebewirtschaftung bei der VP Bank und weiteren Unternehmen vorgestellt. Das Energie-Netzwerk bietet Unternehmen in Liechtenstein eine Plattform für praxisbezogenen Erfahrungsaustausch zum Thema Energieeffizienz. Es wird unter anderem von der LIFE Klimastiftung Liechtenstein und der

Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer unterstützt.

Green Summit 2014

Am 7. Juni 2014 wurden mit Unterstützung der LIFE Klimastiftung Liechtenstein am Green Summit 2014 an der Universität Liechtenstein mehrere Schwerpunktthemen zum nachhaltigen Wirtschaftswachstum im Zeichen von Klima- und Umweltschutz behandelt. Zahlreiche Unternehmer, Investoren und Medienvertreter zeigten grosses Interesse. 30 Unternehmer stellten ihre Produkte und Dienstleistungen vor. Darunter auch vonRoll (Liechtenstein) AG mit Geschäftsführer Dietmar Büchel, der die elektrische Tankstelle und verschiedene Elektrofahrzeuge präsentierte, sowie Arthur Büchel von der Firma Light Energy Systems aus Balzers.

IWF-Länderbericht

Zum vierten Mal wurde Liechtenstein 2013 einem Länderassessment durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) unterzogen. In seinem Bericht stellt der IWF dem liechtensteinischen Finanzplatz ein positives Zeugnis bei der Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung aus. Die Experten attestierten Liechtenstein deutliche Fortschritte gegenüber der letzten Prüfung im Jahr 2007. Der Leiter der liechtensteinischen Anti-Geldwäschereibehörde FIU, Daniel Thelesklaf, warnte allerdings davor, sich auf den Lorbeeren auszuruhen. Die Experten hätten Beanstandungen geäussert, darunter eine mangelnde Effizienz der Strafverfolgung, die fehlende Transparenz von Rechtsträgern oder den hohen Stellenwert des Berufsgeheimnisses, die es ernst zu nehmen gilt. Bis

2016 müsse Liechtenstein einen Bericht über die ergriffenen Massnahmen liefern (siehe auch Interview Seite 18).

FMA rechnet mit Bankgründungen

Die Finanzmarktaufsicht Liechtenstein (FMA) hat 2013 nach eigenen Angaben verschiedene Anfragen zur Gründung einer Bank erhalten und rechnet damit, dass sich diese bald konkretisieren. Die Behörde geht davon aus, dass im Laufe dieses Jahres ein oder mehrere Gesuche zur Bankgründung eingereicht werden. Dies geht aus dem Geschäftsbericht 2013 der FMA hervor. Aktuell sind 16 Banken in Liechtenstein tätig.

LGT Award für soziales Engagement

Das Hilfswerk Liechtenstein e.V. wird mit dem LGT Award für soziales Engagement ausgezeichnet. Der mit CHF 50'000 dotierte Preis wird in diesem Jahr erstmals verliehen. Über 40 Organisationen hatten sich beworben. Eine siebenköpfige Jury, präsiert von LGT-CEO Prinz Max von und zu Liechtenstein, entschied sich nach einer finalen persönlichen Präsentation dreier Organisationen für das Hilfswerk Liechtenstein als ersten Preisträger des LGT Awards. Die Verleihung des LGT Awards wird am 10. September 2014 im Beisein von Prinz Philipp von und zu Liechtenstein, Chairman LGT, und Prinz Max von und zu Liechtenstein stattfinden.

LGT übernimmt ausgewähltes Private-Banking-Portfolio von HSBC in der Schweiz

Die LGT, führende internationale Private-Banking- und Asset-

News

Fortsetzung von Seite 9

Management-Gruppe mit Sitz in Liechtenstein, hat im Juni mit HSBC Private Bank (Suisse) eine Vereinbarung zur Übernahme eines grösseren Private-Banking-Portfolios vermögender und sehr vermögender Kunden aus verschiedenen Ländern unterzeichnet. Die Transaktion umfasst verwaltete Vermögen in Höhe von mehr als CHF 10 Mrd. sowie rund 70 Mitarbeitende. Nach dem Closing wird das übernommene Geschäft in die LGT Bank (Schweiz) integriert, die per Ende 2013 CHF 21 Mrd. an Vermögen verwaltete. Die Akquisition passt hervorragend zur Strategie der LGT und wird deren Marktposition in Kern- und Wachstumsmärkten weiter stärken.

LLB mit neuem Preismodell im Anlagegeschäft

Die Liechtensteinische Landesbank (LLB) lanciert zusammen mit der Bank Linth ein neues Preismodell, das auf Vertriebsentschädigungen (Bestandespflegekommissionen beziehungsweise Retrozessionen) für eigene Fonds und Drittfonds verzichtet. Zudem werden die Tarifstrukturen vereinfacht und für ausgewählte Strategieprodukte performanceabhängige Gebühren eingeführt. Das neue Preismodell ist Teil der LLB-Strategie Focus2015, die eine Fokussierung auf klar definierte Märkte und Kundensegmente zum Ziel hat. Entsprechend richtet die LLB ihre Angebots- und Preisstrukturen auf veränderte Kundenbedürfnisse und neue regulatorische Anforderungen aus. Das neue Preismodell gilt ab Juli 2014.

Valartis Bank expandiert

Mit einem Rekordgewinn von CHF 14,5 Mio. hat die Valartis

Bank Liechtenstein 2013 das beste Jahresergebnis seit ihrem Bestehen erzielt. Die Neugelder in Höhe von CHF 838 Mio. stammten laut Andreas Insam, Vorstandsvorsitzender der Valartis Bank Liechtenstein, vor allem aus Osteuropa und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Aufgrund der positiven Entwicklung konnte die Bank im vergangenen Jahr zehn neue Mitarbeiter einstellen. Im Lauf der kommenden fünf Jahre soll die Zahl der Mitarbeitenden verdoppelt und ein zweites Gebäude in Bendern erstellt werden.

Raiffeisen mit Neugeldzufluss

Die Raiffeisen Privatbank Liechtenstein konnte im Geschäftsjahr 2013 einen Neugeldzufluss von CHF 22 Mio. verzeichnen. Per Ende 2013 verwaltete das Institut insgesamt CHF 1,08 Mrd. Der Gewinnrückgang auf CHF 300'000 wird auf das weiterhin schwierige Marktumfeld zurückgeführt.



Bank Frick mit neuem CEO

Edi Wögerer, der bisherige COO der Bank Frick, trat Ende April 2014 die Nachfolge von Jürgen Frick als CEO an. Jürgen Frick kam Anfang April 2014 bei einem Tötungsdelikt ums Leben.

Der 39-jährige Wögerer ist Fachmann für Banking Operations und Bankfachmann, beides mit eidgenössischem Fachausweis. Er ist seit 2000 bei der Bank Frick tätig und seit 2008 Mitglied der Geschäftsleitung.

Namensänderung der VP Bank

Die VP Bank Gruppe erwartet für das erste Halbjahr 2014 einen im Vergleich zur Vorjahresperiode deutlich tieferen Konzerngewinn. Da die VP Bank kein Hedge Accounting anwendet, belasten die erfolgswirksam zu verbuchenden Wertkorrekturen der Zinsabsicherungsgeschäfte das Halbjahresergebnis. Dies teilte die Bank in einer Vorabinformation am 18. Juni 2014 mit. Bereits im April 2014 hatte das drittgrösste Geldhaus Liechtensteins im Rahmen seiner Generalversammlung eine Namensänderung beschlossen. Die bisherige Verwaltungs- und Privatbank Aktiengesellschaft soll künftig offiziell VP Bank AG heissen.



Beitritt Litauens zum Euroraum

Die Europäische Kommission hat am 4. Juni 2014 ihren Konvergenzbericht 2014 veröffentlicht, in dem sie die Aussichten von acht Mitgliedstaaten auf Einführung des Euro bewertet. Diese Länder haben auf dem Weg zur Einführung des Euro unterschiedliche Fortschritte zu verzeichnen, wobei Litauen mit der Erfüllung der Konvergenzkriterien ein besonders gutes Ergebnis erzielt hat. Nach Ansicht der Kommission sollte der EU-Ministerrat im Juli 2014 daher einen Beschluss über die Aufnahme Litauens in das Euro-Währungsgebiet zum 1. Januar 2015 fassen. Keiner der sieben weiteren geprüften Mitgliedstaaten (Bulgarien, Tschechische Republik, Kroatien, Ungarn, Polen, Rumänien und Schweden) erfüllt derzeit alle Kriterien für die Einführung des Euro. Ihre Situation wird daher in zwei Jahren erneut geprüft.

EBA: Stresstests für europäische Banken

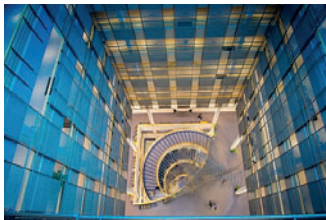
In den kommenden Monaten sollen die europäischen Kreditinstitute mit dem bislang härtesten Stresstest überprüft werden. Die Banken müssen dabei beweisen, dass sie auch bei einem Konjunkturerinbruch mit einem Verfall von Immobilienpreisen und Aktienkursen sowie einer gegen null tendierenden Inflation nicht in Schieflage geraten würden. Die genauen Kriterien für das Stressszenario legte die europäische Bankenaufsichtsbehörde EBA im April in London vor. Die Ergebnisse sollen im Oktober 2014 vorliegen.

G5 vereinbaren Automatischen Informationsaustausch bis 2017

Bis 2017 wollen mehr als 40 Länder, darunter auch Liechtenstein, automatisch ihre Finanzdaten austauschen. Das vereinbarten die Finanzminister der G5-Staaten Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Spanien und Italien am 28. April 2014 in Paris. Frankreichs Finanzminister Michel Sapin sprach nach dem Treffen von einem ehrgeizigen Plan. Es sei aber nicht akzeptabel, dass sich Unternehmen oder einzelne Personen der Besteuerung entzögen. Nach Angaben von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble soll auch die Gewinnverlagerung zur Steuerminimierung eingedämmt werden. Die ersten Daten, die 2017 ausgetauscht werden, sollen das Steuerjahr beginnend ab 1. Januar 2016 zum Gegenstand haben. Laut Sapin wollen die G5-Länder sowohl ihre Ziele durchsetzen als auch Impuls für andere Länder geben. Weltweit sollen alle Finanzplätze mitmachen; für Länder, die sich entziehen, wollen die G5 wieder sogenannte schwarze Listen einführen.

News

Fortsetzung von Seite 11



EU-Parlament verabschiedet Regeln zur Bankenabwicklung

Die Steuerzahler in der Europäischen Union sollen künftig nicht mehr für die Rettung maroder Banken herangezogen werden. Darauf zielen einheitliche Regeln

zur Abwicklung von Krisenbanken ab, die das EU-Parlament im April 2014 in abschliessender Lesung verabschiedet hat. Die Abgeordneten billigten damit einen Kompromiss, auf den sich Unterhändler des Parlaments und der EU-Staaten geeinigt hatten. Ausserdem verabschiedete das Parlament EU-weite Auflagen für nationale Einlagensicherungssysteme, die die Guthaben der Sparer bis zu einem Betrag von EUR 100'000 schützen sollen. Nach fünfjährigen Verhandlungen ist die Gesetzgebung zur Bankenunion damit abgeschlossen. Die EU zieht mit dem Regelwerk die Konsequenzen aus der internationalen Finanzkrise, die 2008 mit der Pleite der US-Bank Lehman Brothers begonnen hatte.

EU-Wahlen

Mitte Mai 2014 haben die EU-Bürger ein neues Parlament gewählt. Bei einer Wahlbeteiligung von 43 Prozent wurden die Christdemokraten (EVP) mit 29,4 Prozent der Stimmen abermals stärkste Kraft im Parlament, dicht gefolgt von den Sozialdemokraten (S&D) mit 25,4 Prozent. Weitere Parteien im neuen EU-Parlament sind die Europäischen Konservativen und Reformisten (EKR) mit 8,5 Prozent der Stimmen, die Liberalen (ALDE) mit 7,86 Prozent, die Grünen (7,2 Prozent), die Linken (6,9 Prozent)

und die Freiheitlichen (EFD) mit 4,1 Prozent. Die erste Sitzung des neuen Parlaments hat am 1. Juli 2014 stattgefunden (siehe auch Seite 24).



Neue US-Botschafterin in Bern

Suzan G. LeVine ist neue US-Botschafterin für die Schweiz und Liechtenstein. Sie trat Anfang Juni 2014 ihr Amt an. LeVine folgt auf Donald S. Beyer Jr., welcher 2013 in die USA zurückkehrte. Vor ihrem Amtsantritt war LeVine für Microsoft und den Reiseanbieter Expedia tätig. Zudem

unterstützte sie den amerikanischen Präsidenten Barack Obama in seinem Wahlkampf 2012.

Steuerabkommen mit Guernsey unterzeichnet

Regierungschef Adrian Hasler unterzeichnete Anfang Juni 2014 ein Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) zwischen Liechtenstein und Guernsey. Als Basis für die Übereinkunft diente das Musterabkommen der OECD. Im Zuge der Verhandlungen wurde zudem die bisherige Abkommenspolitik Liechtensteins und Guernseys berücksichtigt. Im DBA ist die Abkommensberechtigung von gemeinnützigen Organisationen und Investmentfonds geregelt. Zudem verzichten beide Länder bilateral auf Quellensteuern auf Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren. Bei der Besteuerung natürlicher Personen wird das nationale Besteuerungsrecht sichergestellt. Das Abkommen enthält ausserdem eine Klausel zum Informationsaustausch gemäss dem internationalen Stan-

dard. Besonders ist die Schiedsklausel, mit welcher sichergestellt wird, dass im Rahmen eines vorgegebenen Verfahrens Auslegungs- und Anwendungsunterschiede einer für beide Staaten verbindlichen Lösung zugeführt werden. Dadurch wird die Rechtssicherheit erhöht. Das Abkommen unterliegt der Zustimmung des Landtags. Zur Umsetzung sind keine weiteren gesetzlichen Massnahmen notwendig.



Liechtenstein und USA unterzeichnen FATCA-Abkommen

Regierungschef Adrian Hasler und der Chargé d'Affaires der USA für Liechtenstein, Jeffrey R. Cellars, haben am 16. Mai 2014 das Abkommen zur Umsetzung des Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA) unterzeichnet. Damit ist für die Dienstleister des liechtensteinischen Finanzplatzes der Zugang zum US-amerikanischen Markt weiter gewährleistet. Im Interesse des Finanzplatzes und in Abstimmung mit den Finanzplatzverbänden

hat sich Liechtenstein für den Abschluss eines sogenannten Intergovernmental Agreements (IGA) nach dem Modell-1-Ansatz entschieden. Das Abkommen sieht administrative Erleichterungen in der FATCA-Umsetzung für die liechtensteinischen Finanzinstitute vor. Darüber hinaus schafft es Klarheit über die Behandlung der Finanzinstitute und ihrer Produkte. In den Bestimmungen des Abkommens ist der Automatische Informationsaustausch über Vermögenswerte vorgesehen, die von US-Steuerpflichtigen bei Finanzinstituten in Liechtenstein gehalten werden. Das Umsetzungsgesetz zum Abkommen soll dem liechtensteinischen Landtag noch 2014 zur Behandlung vorgelegt werden.

Liechtenstein wird öfter um Amtshilfe ersucht

Ausländische Steuerbehörden haben im vergangenen Jahr die Liechtensteinische Steuerverwaltung in fast 500 Fällen um Amtshilfe bei Steuerdelikten ersucht. Der grösste Teil der Anfragen stammt aus den USA. Bis Ende 2013 wurden knapp 50 Anfragen beantwortet. Im Vorjahr hatte die Steuerverwaltung rund 300 Ersuchen um Amtshilfe in Steuersachen registriert. Insgesamt 436 Fälle aus dem vergangenen Jahr stehen in Zusammenhang mit Gruppenersuchen der US-Behörden. Weitere 38 Anfragen bezogen sich auf natürliche oder juristische Personen mit Konten oder Stiftungen in Liechtenstein. Die Einzelersuchen stammen aus Deutschland, den Niederlanden, Norwegen, Schweden und den USA.

LBV lud zum Gedankenaustausch nach Wien

Zahlreiche Vertreter aus Österreichs Politik, Wirtschaft und Medienwelt folgten im Juni in Wien der bereits zweiten Einladung des Bankenverbandes zum Gedankenaustausch über die Entwicklungen am Finanzplatz Liechtenstein.

von Rafik Yezza

Im Rahmen einer Einladung zum Gedankenaustausch am 11. Juni 2014 im Stadtpalais Liechtenstein in Wien konnte der Liechtensteinische Bankenverband (LBV) zahlreiche Vertreter aus Österreichs Politik, Wirtschaft und Medien begrüßen. Auf liechtensteinischer Seite war neben dem Bankenverband auch I.D. Maria-Pia Kothbauer, Botschafterin des Fürstentums Liechtenstein in Wien, anwesend. In seiner Begrüssung skizzierte Verbandsvizepräsident Alfred W. Moeckli den Prozess des Umbruchs am Finanzplatz Liechtenstein. Besonderes Augenmerk legte er dabei auf die beiden Jahre, die seit dem letzten Gedankenaustausch vergangen sind. „Für uns ist die Transformation nicht Mittel zum Zweck, sondern echte Handlungsmaxime“, betonte Moeckli. Der Verbandsvizepräsident dankte den Anwesenden für ihre stets offenen Türen und die zahlreichen konstruktiven Hinweise im Rahmen der Hintergrundgespräche, die ebenfalls Einfluss auf den Transformationsprozess gehabt hätten. Botschafterin I.D. Maria-Pia Kothbauer sprach über die Geschichte Liechtensteins und des liechtensteinischen Finanzplatzes, die traditionell eng mit der Geschichte Österreichs verbunden sind. Ein Anlass wie dieser falle auf sehr fruchtbaren Boden und setze die Tradition des Miteinanders zwischen den beiden Ländern fort. Simon Tribelhorn, Geschäftsführer des Liechtensteinischen Bankenverbandes, nahm einen Rückblick auf das Jahr 2013 am Bankenplatz Liechtenstein vor und orientierte die Anwesenden kurz über die Jahreszahlen, insbesondere den Neugeldzufluss sowie die Aussichten für das Jahr 2014. Aus aktuellem Anlass ging er sodann besonders auf die internationale Integration Liechtensteins und die Umsetzung globaler Standards als wesentlicher Teil der Transformation ein. Liechtenstein habe sich dank des Bekenntnisses zum Automatischen Informations-

austausch aktiv bei der Ausarbeitung des OECD-Kommentars einbringen können. Neben den in der Umsetzung befindlichen Steuerabkommen mit Österreich thematisierte Tribelhorn auch das FATCA-Abkommen. „Die Geschichte hat uns gelehrt, dass ein Zuwarten keine nachhaltige Strategie für einen kleinen, wettbewerbsfähigen Finanzplatz darstellt“, schloss er seine Ausführungen. „Wir werden weiterhin aktiv die Herausforderungen annehmen, uns einbringen und mit Eigeninitiative und Kreativität vorausdenken.“

„Wir werden weiterhin mit Eigeninitiative und Kreativität vorausdenken.“

Der Liechtensteinische Bankenverband knüpfte mit dieser Veranstaltung an den Gedankenaustausch im Juni 2012 an, der auf positive Resonanz gestossen war. Besonderer Höhepunkt des Abends war eine exklusive Führung durch das erst im vergangenen Jahr komplett renovierte und neu eröffnete Stadtpalais Liechtenstein. „Der Austausch auf verschiedenen Ebenen, die besondere Atmosphäre im Stadtpalais Liechtenstein und die Gesprächspartner, die mit ganz unterschiedlichen Perspektiven an unsere Themen herangehen, machten den Abend zu einem vollen Erfolg“, freuten sich Simon Tribelhorn und Alfred W. Moeckli über das positive Feedback der Gäste.



**„Das Gebäude ist faszinierend.
Es ist eine unglaubliche Leistung,
dass es wieder aufgebaut wurde.“**

Abg. Elmar Podgorschek, FPÖ

**„Ein beeindruckender Abend.
Sehr interessant.“**

Dr. Maria Rotheiser-Scotti,
Bundesministerium für europäische und
internationale Angelegenheiten



**„Ich bin überwältigt. Der Abend
war eine grossartige Möglichkeit,
die Geschichte Liechtensteins und
seiner Banken kennenzulernen.“**

Abg. Gabriel Obernosterer, ÖVP

**„Dieser Abend verdeutlichte
einmal mehr die kleinen Unter-
schiede zwischen Österreich und
Liechtenstein, die unsere beiden
Länder so sehr aneinanderbinden.
Es ergeben sich hier viele Anknüp-
fungspunkte, die uns allen nützen
können. Wenn sich viele kleine
Bäche verbinden, kann daraus ein
Strom von der Grösse der Donau
werden.“**

Dr. Franz Rudorfer,
Wirtschaftskammer Österreich



**„Liechtenstein ist seinen Weg sehr
vorausschauend und proaktiv
gegangen. Österreich könnte hier
noch viel lernen.“**

Dr. Kurt Bayer,
Transparency International Österreich

Den Blick über die Grenze wagen

Die Denkfabrik Agenda Austria hat sich zum Ziel gesetzt, den Bürgern Österreichs die Angst vor Veränderungen zu nehmen. Welche Veränderungen dringend angegangen werden müssen, wer es bereits vormacht und wie eigentlich ein Think Tank funktioniert, erklärt Franz Schellhorn im BANKENMAGAZIN.

Interview mit Franz Schellhorn

Herr Schellhorn, Agenda Austria ist der erste unabhängige Think Tank in Österreich. Welche Aufgaben haben Think Tanks in der Gesellschaft?

Think Tanks haben eine Art Brückenfunktion. Sie verbinden die Wissenschaft mit der Öffentlichkeit. Viele Wissenschaftler haben sich von der öffentlichen Debatte verabschiedet; das gilt ganz besonders für Ökonomen. Sie publizieren vor allem in Journalen, die ausschliesslich von der Kollegenschaft gelesen werden. Das ist zweifelsohne wichtig; genauso wichtig wäre es aber, der Öffentlichkeit die Ergebnisse wissenschaftlicher Arbeiten in leicht verständlicher Sprache zu vermitteln. Think Tanks wie die Agenda Austria erstellen selbst wissenschaftlich fundierte Arbeiten, ohne dafür einen Auftrag bekommen zu haben. Dies mit dem Ziel, dass die Ergebnisse dazu dienen, den Wohlstand der Bevölkerung dauerhaft abzusichern.

Die Vernetzung zwischen Politik und Wirtschaft ist in Österreich sehr stark. Inwiefern kann ein unabhängiger Think Tank auf aktuelle Themen und Entscheidungen Einfluss nehmen?

Ein unabhängiger Think Tank versteht sich als Ideenlieferant. Ob die erarbeiteten Vorschläge von der Politik aufgegriffen werden, liegt nicht in dessen Bereich. Das ist auch gut so. Wichtig ist, dass wissenschaftlich fundiert und ergebnisoffen gearbeitet wird.

Sie wollen die Öffnung Österreichs in gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Belangen erreichen. Was genau ist darunter zu verstehen?

Darunter ist zu verstehen, dass wir zu einer Öffnung des Landes beitragen wollen. In Österreich wird sehr viel verteufelt und sehr viel hochgejubelt. Wir scheuen Benchmarks mit anderen Ländern. Dabei wäre ein Blick über die Grenze hilfreich. Viele

Länder haben andere Stärken und Schwächen, aber viele haben ähnliche Probleme wie wir. Und einige Länder haben diese Schwachstellen bereits korrigiert, sehr oft übrigens unter sozialdemokratischen Regierungen. Diese Best-Practice-Beispiele wollen wir den Bürgern näherbringen, um ihnen die Angst vor Veränderungen zu nehmen. Wir zeigen der österreichischen Bevölkerung, wie die Schweden ihr staatliches Pensionssystem gesichert oder wie die Niederländer ihr Bildungssystem reformiert haben. Was die Schweizer unter Föderalismus verstehen, wie die Deutschen ihre Neuverschuldung gebremst oder die Neuseeländer Subventionen gestrichen haben.

„Statt sich Asche aufs Haupt zu streuen, sollten sich die Banken um die Umsetzung ihrer Geschäftsideen kümmern.“

Im Rahmen einer Ihrer jüngsten Veranstaltungen stellten Sie die These auf, dass sich die Umverteilung weniger auf Geld und mehr auf Chancen konzentrieren sollte. Was können Banken dazu beitragen?

Banken sollten nun ihre Trauerarbeit einstellen und sich nicht ständig Asche aufs Haupt streuen, sondern sich wieder ums Tagesgeschäft kümmern. Das ist angesichts der harschen Regulierung gar nicht so einfach. Die meisten Institute verkürzen einfach ihre Bilanzen, statt verstärkt die Umsetzung von Geschäftsideen zu finanzieren. Das Kerngeschäft der Banken ist das Handeln mit Risiken – leider kommt das derzeit deutlich zu kurz.

Dr. Franz Schellhorn

Dr. Franz Schellhorn ist seit Februar 2013 Leiter der Denkfabrik Agenda Austria. Zuvor war er sieben Jahre bei der Tageszeitung „Die Presse“ tätig, zuletzt als Leiter des Wirtschaftsressorts. Seit 2007 veröffentlichte Schellhorn die wöchentliche Kolumne „SuperMarkt: Was Kapitalismus kann und wofür er nichts kann“. Schellhorn absolvierte eine Bankausbildung in Wien und Salzburg und studierte Handelswissenschaften an der Wirtschaftsuniversität Wien. Die Agenda Austria ist die erste von Parteien und Interessenverbänden unabhängige Denkfabrik Österreichs. Die von hauseigenen Kräften erarbeiteten Studien und Analysen der Denkfabrik stehen der Öffentlichkeit kostenlos zur Verfügung.



Im August 2014 werden Sie im Rahmen des Forum Alpbach als Vordenker zum Thema „Good ist the Enemy of Great“ auf dem Podium stehen. Was macht Ihrer Ansicht nach einen Spitzenfinanzplatz aus?

Ein Spitzenfinanzplatz ist an einer starken wirtschaftlichen Dynamik zu erkennen. Einer lebendigen Börse, an starkem Wettbewerb zwischen den Banken und vor allem an einem unternehmensfreundlichen Umfeld. Vieles davon ist in Österreich leider etwas schwach ausgeprägt.

Österreich hat sich ebenso wie Liechtenstein dem Automatischen Informationsaustausch (AIA) angeschlossen. Ist dies auch ein Thema innerhalb Ihres Think Tanks und wenn ja, dann in welcher Form?

Nein, damit haben wir uns noch nicht wirklich beschäftigt. Gegen Transparenz ist grundsätzlich nichts einzuwenden, allerdings sollte das langfristige Ziel nicht die Vereinheitlichung von Steuersätzen in Europa sein. Diese Nivellierung nach oben ist gemeinsam mit dem Blick in alle Konten aber genau das, was die meisten Regierungen beabsichtigen. Wir halten viel mehr vom innerstaatlichen Steuerwettbewerb, so wie dieser in der Schweiz organisiert ist. Die Bürger sehen sofort, wie effizient oder ineffizient die öffentlichen Institutionen arbeiten. Genau diesen Erkenntnisgewinn will man aber verhindern. Die Einnahmenmaximierung der Staaten kennt derzeit kaum Grenzen.

Auch Liechtenstein plant, einen Think Tank zu gründen. Was kann ein Think Tank tatsächlich bewirken?

Ein Think Tank gibt Denkanstöße und komplettiert den Informationsstand für die Öffentlichkeit. Derzeit ist es ja so, dass viele öffentliche Stellen enorm viel Geld dafür ausgeben, sich ihre Sicht der Dinge von wissenschaftlichen Institutionen untermau-

ern zu lassen. Das verzerrt den Wissensstand der Bevölkerung. Think Tanks gehen im Idealfall ergebnisoffen an die Sache ran und nehmen – so wie die Agenda Austria – keinerlei Aufträge an. Weder von aussen noch von den Financiers. Sie sind unabhängig, aber nicht neutral. Diesen Slogan hat uns leider Avenir Suisse geklaut, bevor er uns eingefallen ist.

Sie haben viele Jahre im Wirtschaftsressort der Tageszeitung „Die Presse“ gearbeitet und dabei auch den Finanzplatz Liechtenstein beobachten können. Wie nehmen Sie Liechtenstein und dessen Entwicklung aus heutiger Sicht wahr?

Das Wirtschaftsressort der Presse habe ich über acht Jahre lang geleitet und dabei immer wieder Kontakt mit Politikern, Bankern und Unternehmern gehabt. Beachtlich ist aus meiner Sicht, welches fachliche Niveau auf all diesen Ebenen zu sehen war. Noch erstaunlicher ist, wie dieses kleine Land den enormen Strukturwandel bewältigt. Man darf ja nicht vergessen, dass sich Liechtenstein derzeit de facto neu erfinden muss. Davon könnten die Österreicher nur lernen. Dasselbe gilt übrigens in Sachen Haushaltsführung. Liechtenstein ist der einzige mir bekannte Staat, dessen öffentliches Finanzvermögen die Schulden übertrifft.

Sind Ihre Erfahrungen als Journalist bei Ihrer heutigen Aufgabe hilfreich?

Sehr hilfreich, weil wir dadurch etwas schneller und beweglicher sind als andere vergleichbare Institutionen. Wir achten in unserer Kommunikation auch sehr auf Verständlichkeit, gehen in dieser Hinsicht sicher journalistischer vor als andere. Und vielleicht haben wir auch das richtige Timing betreffend einen kleinen Vorteil.

Wir dürfen uns nicht ausruhen

Liechtenstein wurde 2013 zum vierten Mal einem Länderassessment unterzogen. Der IWF-Bericht liegt inzwischen vor und würdigt die Fortschritte Liechtensteins bei der Bekämpfung der Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung. Wir fragten beim Leiter der Stabsstelle FIU, Daniel Thelesklaf, nach, was es mit dem Bericht auf sich hat und was er für Liechtenstein bedeutet.

Interview mit Daniel Thelesklaf

Liechtenstein wurde vom Internationalen Währungsfonds (IWF) im Hinblick auf die Einhaltung des internationalen Standards bei der Geldwäscherei-Bekämpfung geprüft. Wieso unterwerfen sich Staaten einer solchen Evaluation?

Jeder Staat lässt sich regelmässig auf diesem Gebiet überprüfen. Für einen internationalen Finanzplatz ist dies von besonderer Bedeutung: Damit wird der Zugang zu anderen Finanzmärkten ermöglicht. Wer nicht besteht, muss mit Sanktionen rechnen. Der Internationale Währungsfonds hat eine hohe Fachkompetenz auf dem Gebiet dieser Prüftätigkeit und hat in den letzten Jahren zum Beispiel Österreich und Deutschland geprüft. Auch 2008 liess sich Liechtenstein vom IWF prüfen.

Sie sagen, dass alle Staaten diese Prüfung über sich ergehen lassen wollen – werden grosse Staaten da nicht bevorteilt?

Das müssen Sie die deutschen Kollegen fragen, die vom IWF vor einigen Jahren sehr streng behandelt wurden (lacht). Deutschland wurde in den Medien angesichts des sehr kritischen Berichts seinerzeit als „Geldwäscherei-Eldorado“ bezeichnet. Auch wenn diese Kritik übertrieben war – sie zeigt, dass der Massstab für alle der Gleiche ist. Die 49 FATF-Empfehlungen gelten für alle und die Prüfungen erfolgen nach einer einheitlichen Methodologie. Natürlich spielen auch die einzelnen Evaluatoren eine Rolle. Hier dürfen wir uns sicher nicht über eine zu grosszügige Haltung beklagen. Wir mussten sehr darum kämpfen, dass unsere Argumente akzeptiert werden – was letztlich aber auch gelang.

Mit welchem Aufwand ist eine solche Prüfung verbunden?

Der Aufwand ist beträchtlich. Vonseiten der Landesverwaltung und der FMA war ein Team von etwa zehn Leuten über ein Jahr lang in unterschiedlichem Ausmass mit der Vorbereitung und Durchführung der Evaluation befasst. Die Leitung und Koordination oblag der Stabsstelle FIU; viel Arbeit wurde insbesondere auch von der FMA, der Staatsanwaltschaft, dem Landgericht, dem Amt für Justiz und der Landespolizei geleistet. Aber auch der IWF hat beträchtliche Ressourcen zum Einsatz gebracht: Ein Team von sechs internationalen Expertinnen und Experten hat mitgewirkt. Der Privatsektor war ebenfalls eingebunden – während des Vor-Ort-Besuches der Evaluatoren wurde eine Vielzahl von Interviews durchgeführt, so mit Vertretern und Vertreterinnen von sechs der 17 Banken.

Wie werden die Länder konkret bewertet?

Jede der 49 Empfehlungen wird mit einer Bewertung versehen. Das geht von „non-compliant“ über „partially compliant“ und „largely compliant“ bis „compliant“. Um als „genügend“ angesehen zu werden, muss man mindestens ein „largely compliant“ erreichen. Dabei geht es immer auch darum, wie die Empfehlung effektiv umgesetzt wird, und in Bezug darauf muss das evaluierte Land den Nachweis antreten, dass die Effektivität gegeben ist.

Und ab wann ist ein Land im ungenügenden Bereich und muss mit Gegenmassnahmen rechnen?

16 der 49 Empfehlungen werden als besonders wichtig angesehen.

Daniel Thelesklaf

Daniel Thelesklaf ist Leiter der liechtensteinischen Stabsstelle Financial Intelligence Unit (SFIU). Nach seinem Jura-Studium arbeitete er im Bank- und Versicherungswesen und wurde 1998 zum Direktor der Schweizer FIU berufen. 2001 wurde er Leiter der liechtensteinischen Stabsstelle Sorgfaltspflichten und arbeitete dann als Berater für den Europarat, den IWF und die OECD. Von 2007 bis 2011 leitete er das Basel Institute on Governance. Er ist Mitglied des Egmont Committee und Vice Chair von Moneyval, dem Geldwäscherei-Expertenausschuss des Europarates.



Wenn ein Land davon in zehn oder mehr als ungenügend abschneidet, beginnt ein Prozess, der zu schwarzen Listen führen kann. Es war klar, dass wir alles tun mussten, um eine solche Konsequenz mit negativen Folgen, insbesondere für die international tätigen Banken, zu verhindern.

Wir nehmen an, dass es bei einer solchen Prüfung immer Licht und Schatten gibt – ist das auch beim Liechtenstein-Bericht der Fall?

Ja natürlich, da geht es uns nicht anders als anderen Ländern. Wir haben neben viel Lob für das in den letzten Jahren Erreichte auch Kritik entgegennehmen müssen. Letztere betrifft insbesondere die Regelungen zu den Berufsgeheimnissen, die ungenügenden Auskunftsrechte der FIU, die zu wenig risikobasierte Anwendung der Sorgfaltspflichten und die sehr tiefe Zahl von Anklagen und Verurteilungen wegen Geldwäscherei.

Wo steht Liechtenstein im internationalen Vergleich?

Ein Vergleich ist schwierig, da wir noch nach dem FATF-Standard von 2003 geprüft wurden. Seit 2012 gilt ein neuer, strengerer Standard und einige Länder werden bereits nach diesem geprüft. Im Quervergleich mit anderen Moneyval-Staaten sind wir im oberen Mittelfeld.

Wie geht es nun weiter? Wird jetzt das liechtensteinische Abwehrdispositiv ganz anders?

Das liechtensteinische Abwehrdispositiv hat sich bewährt und es

gibt keinen Grund, es infrage zu stellen. Aber Geldwäscher werden immer professioneller und wir dürfen uns nicht auf dem Erreichten ausruhen. Nichts wäre im laufenden Transformationsprozess schädlicher als ein grosser Geldwäscherei-Skandal. Wir beginnen nun mit einer Revision des FIU-Gesetzes und Massnahmen zur Steigerung der Effektivität bei der Strafverfolgung. In einer zweiten Phase werden wir die Empfehlungen im Bereich der Prävention umsetzen.

Kann Liechtenstein denn auch andere Länder evaluieren?

Ja, als Moneyval-Staat kann man auch andere Mitgliedstaaten evaluieren. Mitarbeitende der FMA und der FIU waren in den letzten Jahren an den Evaluationen von Russland, Slowenien, Andorra, Monaco, Ungarn, Zypern, Montenegro und sogar vom Heiligen Stuhl involviert. Wir werden das auch künftig tun. Es ist in unserem Interesse, dass andere Staaten gleich streng behandelt werden wie wir.

Freuen Sie sich schon auf die nächste Evaluation?

Die nächste Evaluation ist erst 2020 und wir sind darüber nicht unglücklich. Wir können uns nun auf die Umsetzung der Empfehlungen und des neuen FATF-Standards fokussieren und so unseren Beitrag dafür leisten, dass der Finanzplatz Liechtenstein auch künftig nicht von Geldwäschern missbraucht werden kann.

Towards a simpler, more legitimate and more united Europe

Italy has assumed the Presidency of the European Council on 1 July: Mr Pierfrancesco Gaggi, head of international relations at the Italian Banking Association ABI (Associazione Bancaria Italiana), says that his government will push the reform agenda and need to ensure that the Banking Union is properly implemented.

Interview with Pierfrancesco Gaggi

Mr Gaggi, Italy has assumed the Presidency of the Council of the European Union in July. What does this mean for Italy?

The European elections saw strong support for the Italian Government headed by the Prime Minister, Matteo Renzi, and the Democratic Party. With the Presidency of the EU, Italy now has the unique opportunity to play a leading role in relaunching the process of European integration and opening the way towards a simpler, more legitimate and more united Europe. It is too early to discuss new programs and policies for the Union, but the signs which emerged from May's vote, and the widely predicted success of political coalitions classifiable as Eurosceptics or anti-European, cannot be ignored. European leaders therefore cannot return to "business as usual", with the risk of further support for the European Union being lost. Serious thought must be given over the next five years to the future of Europe, focusing attention on its citizens and on development and employment. I believe this offers numerous opportunities for Italy, which, in this transition phase, holds now the European Presidency. There is a widespread awareness within the European Union of the need to change course, although, with the electoral results in mind, it is also clear that this will not be simple.

What are the goals of the Italian Council Presidency, and what is the program in the field of finance?

The program of the Presidency has been co-ordinated by the Under-secretary of the Council of Ministers with the mandate for European policies and coordinator of the Six-month Term, Sandro Gozi. The program has been presented by Prime Minister Renzi at the plenary session of the European Parliament in Strasbourg on 2 July, when Italy has taken over Presidency of the Union. We have yet to see the government's plan, but we believe the main topic chosen by the Government for the Italian Presidency will be relaunching of European integration, with a heavy

focus on growth and employment with the purpose of creating the conditions for moving closer to political union. The route taken is likely to be the ambitious one outlined by the President of the European Council, van Rompuy, in December 2012, who identified four elements for reinforcing the architecture of the EMU through: greater financial integration (and therefore pursuing the objective of completing the Banking Union), greater integration of budget policies (guaranteeing healthy policies at national and European level), greater coordination of economic policies with mechanisms which guarantee national and European policies promoting growth, employment and competitiveness are implemented, which are sustainable and compatible with correct functioning of the EMU. What is interesting here is the possibility being discussed of contractual arrangements mutually agreed between the various countries and the European institutions for promotion of reforms to be implemented at national level, in exchange for European support through the "solidarity mechanisms", which will make the weight of the efforts for recovery still to be completed within each country easier to sustain. The ABI considers these flexibilities as essential objectives, which should be pursued in a manner to support public and private investment programs, development policies for creating jobs, particularly for young people, and research and training investment policies. The Italian Government will certainly be aiming at softening the strict policy applied so far. The aim will be to obtain greater flexibility on the 3 % ceiling on the debt-to-GDP ratio and more time for the drastic reduction in debt which the Fiscal Compact plans to propose from 2016. Italy will probably attempt to obtain non-application of the 3 % rule for certain public investments, particularly those aimed at improving productivity, support for SMEs, technology, research and education, so that they may be at least partially excluded from the expenditure ceilings. These topics have been discussed on 3 and 4 July

Pierfrancesco Gaggi

Pierfrancesco Gaggi is head of the Unit dedicated to International Relations and EU Affairs at Associazione Bancaria Italiana (ABI) in Rome. Following an experience in NCR and then in BNL (now BNP BNL), he joined in 1985 the Research Department at ABI, entering the field of Payment Systems in 1990, where he contributed to launch the Italian debit card scheme BANCOMAT and the Italian payment initiation scheme between banks and corporates (CBI, bank-to-business). Among his other competences, he is Chairman of Consortium ABILab, the think tank of ABI on ICT, and of the Association of Italian banks participating to the SWIFT community. He is married and has 2 boys of 19 and 20.



during the visit of the EU Commission to Rome, which also visited Expo Milan 2015. This is a universal exhibition with absolutely original and innovative characteristics, since it is not a simple show, but a process of participation aimed at involving numerous players in an important topic: “Feeding the Planet, Energy for Life“. The event constitutes a new concept of an Expo, theme-based, sustainable and focused on the visitor, and it offers Italy an important opportunity to draw attention to the concepts of growth and employment in the EU. Also due to take place on 8 and 9 July is Digital Venice, a summit in Venice with several European leaders and important CEOs of hi-tech companies, in order to launch this sector in Europe. Italy's aim will be to unblock the 80 billion Euro in EU funding set aside for new technologies. A European summit on youth employment is due to take place on 11 July in Turin: Italy is aiming to ensure the Youth Guarantee, the fund which will provide Italy with 1.5 billion Euro in 2014-15 for employment of the under 30s, becomes permanent. A further objective will relate to European policies on immigration, in order to obtain further support for the Frontex Program and ensure that the European Mission replaces Mare Nostrum in patrolling the Sicilian Channel. A great deal of work will be performed on mutual recognition of asylum, to ensure that anyone obtaining it in Italy will also be able to move freely within the Schengen area. Concerning financial topics, also considering that part of the Six-month Presidency will be dedicated to institutional obligations deriving from inauguration of the new European Parliament and from renewal of the offices of the European Commission, the Italian Presidency will focus on bringing several open financial dossiers to an advanced stage of negotiation. I am referring here to initiatives started by the Commission to encourage long-term funding of investments, the review of the Payments Services Directive (PSD2) and the Regulation on Interchange Fees for card-based payment transactions,

and the proposal for review of the IV Anti-Money Laundering Directive. The Italian Presidency will also probably work to obtain significant progress on other dossiers, such as second-level regulation of the CRRD, regulations on indices used as Benchmarks, measures on Shadow Banking (Money Market Funds). The central topic for the European banking system of completing the Banking Union remains as a background to everything, and approval of delegated acts on the Single Resolution Mechanism and the Single Resolution Fund is an essential aspect.

The Italian Council Presidency coincides with the recomposition of the European Parliament and the staffing of top positions in the European Commission. How will this affect the activity of the Council Presidency?

As already said, we are aware that the institutional obligations linked with inauguration of the new European Parliament, formation of its Committees and renewal of the offices of the European Commission will necessarily limit the activities of European institutions in the second half of the year. From an institutional viewpoint, the Italian Presidency will coincide with the so-called “white semester” of the Commission and must therefore concentrate mainly on the activities of the Council. In this situation, the margin of action of the Italian Presidency in dictating the schedule of work and in conducting negotiations on the various EU dossiers will be reduced compared with that of a “normal” Presidency.

In the coming months, the Italian Presidency will be called to deal with the Proposal of the Commission on the banking structural reform. How do you think this dossier will develop?

The Greek Presidency has planned three Council meetings between mid-May and June on this issue. The new Parliament will start working after the summer on the proposed legislation that

continued from page 21

the Commission published on 29 January. The ABI considers this to be a very important issue that needs to be handled at European level, in order to prevent the distortions of the single financial services market that would otherwise result from the entry into force of specific national legislation in Germany, France and the United Kingdom. This is particularly so because the proposal provides that countries that already have national legislation pursuing the same aims as the proposal are to be exempted from adopting the European regulation. This makes it extremely likely that there will be extreme misalignment between the regulations in effect within the Union. The reform is also tied to the need to subject the entire financial sector to regulation in order to prevent possible measures restricting the banking sector from being undermined by the resulting “flight” of assets from the banking sector towards unsupervised segments of the market. This situation would end up damaging banks' ability to support the real economy, while also failing to pursue objectives of increased stability. The reform aims to restrict the most significant European banks from undertaking proprietary trading transactions using their own capital or customers' deposits. The ban on certain transactions could have an adverse impact on the banking system's ability to support the real economy, as well as on its profitability. The Italian Banking Association is opposed to legislative proposals aimed at undermining the structure of the universal banking model. Moreover, the efficacy of these rules remains entirely to be demonstrated. Regulation of the entire financial sector would be more effective. In further detail, the proposal has a negative impact on the ability of the banking sector to support the real economy, as it affects banks' funding costs, limits their ability to diversify their profit sources, reduces the range of products that may be offered to customers and imposes new compliance costs. Last but not least, it would also affect the profitability of banks.

The European Banking Union is to be further developed. What is the position of the Italian Banking Association and the Italian banks with regard to the Banking Union?

The Italian Presidency will need to ensure that the Banking Union is properly implemented. The first pillar of the Union is set to become operational in November, and the second in January 2015. In this context, it will be important for the Italian Presidency to create the conditions for continuing the process of completing the Banking Union with the third pillar (the creation of a single European depositor guarantee system), which has always been the Italian Banking Association's position. This is an extremely important step, not least because correct implementation of the Banking Union is essential for it to be credible and efficient. A further basic and qualifying step is the final approval and implementation of the Single Resolution Mechanism (SRM) and the Single Resolution Fund (SRF). Moreover, a “fully operational” public backstop, politically agreed at the beginning of June, remains to be detailed in its mechanisms, in order to manage any crises which may require financial outlays which are higher than the SRF at full capacity. A further highly sensitive aspect is contribution to the fund, as it will have a significant impact on the earnings of European financial institutions over the next decade, and the subject must be carefully prepared.

The Council Presidency is limited to six months. Realistically, what and how much can actually be achieved in such a short time?

Realistically, the Italian Presidency will aim to achieve a General approach on the initiative relating to the Payments Services Directive (PSD2) and the Regulation on Interchange Fees for card-based payment transactions and on a review of the Anti-Money Laundering Directive. The Italian Presidency will also naturally work to make significant progress in negotiations on the further



© francovolpato - Fotolia.com

financial dossiers, including the measures for implementation of the second level measures of the CRRD, the regulations on Benchmarks, Shadow Banking and the Money Market. As I said, great attention will probably be focused on completion of the Banking Union and particularly on implementation of the Single Resolution Mechanism (SRM) and the Single Resolution Fund (SRF).

The Europe 2020 strategy also provides for an improvement of the profitability and efficiency in the banking industry. Which further reforms are expected for the banks in the longer run? Which special challenges do Italian banks need to master in the near future?

The Asset Quality Review, even if based according to only a simplified version of the new EBA technical standards on Non-Performing Exposures and Forbearance practices, should provide consistent indicators of asset quality across European banks and, in relative terms, it could provide positive effects for Italian banks. The view that Italian banks are in dire need of recapitalisation is totally unfounded as well as the idea that a bad banks is needed to ensure the solidity of the banking system. Funding conditions are normalising and investors' appetite for Italy appears to be increasing on the back of announced reforms from the new Government. After a period of protracted inactivity on the wholesale market, some banks have recently issued senior bonds at a spread lower than that originally budgeted. The market is taking a more constructive stance on Italian banks, thanks to their solid progress on balance sheet restructuring and recapitalization, a better operating environment, partly due to the reduction in the sovereign spread, falling operating costs, increasing asset management fees. A confirmation to the above comes from the positive market reaction to the 2013 economic results recently released by some Italian banks: even if after an initial negative

surprise due to the higher than expected losses, it seems banks' management have correctly interpreted the sentiment of the market which is to clear the decks of uncertainties regarding the "real value of the balance sheet" even if this may impact on the equity position. New business plans already presented by banks have encountered the interests of the market, mainly due to the prospect of a profitability recovery, even if at this stage, according to the analysts assessment, some execution risks remain and the profitability normalization could still take time to be fully reached. According to a recent ABI survey, the majority of Italian banks CEOs have already planned (or are planning) strategic actions in order: to recompose the business mix, with the main goal to increase cross-selling, developing existing products & services while re-engineering them moving towards the distribution of not traditionally retail banking products and services; to contain costs (both labour and administrative), even though the diversification of delivery channels and the adoption of new technologies; to increase employee productivity, as a consequence of the sum of the previous. In the short and medium term, profitability recovery is expected to be achieved mainly by further effective cost cutting measures. Bankers, however, plan to combine cost control with some important initiatives supporting revenues growth. Some recent changes in national laws, such as the reform on Loan Loss Provisions, will contribute to support to the sector profitability. The future performance of the banking sector will also depend on the removal of significant competitive disadvantages that affect Italian banks with respect to many European peers that we expect to be removed by the Single Supervisory Mechanism.

European elections

A View from Brussels

In May 2014, over 170 million Europeans elected their 751 representatives at the European Parliament (EP). Their decisions will shape policy-making in Europe for the next five years.

by Enrique Velázquez

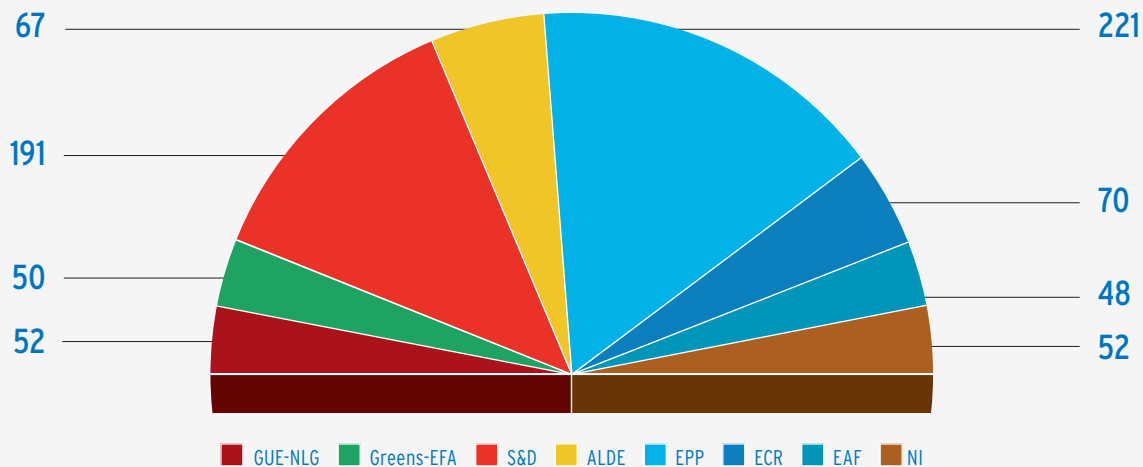
For the 8th time since 1979 European citizens were invited to cast a vote in European elections. For the first time, the major pan-European political parties fielded candidates for the presidency of the European Commission, the executive body of the European Union. The European People's Party (EPP) – led by former Prime Minister of Luxembourg Jean-Claude Juncker – obtained 221 seats (↓ 53) and maintained its position as the largest party in the European Parliament for a fourth consecutive time in EP elections. The parties under the Progressive Alliance of Socialists and Democrats (S&D), came second with 191 seats (↓ 5). The European Conservatives and Reformists (ECR) were third with 70 seats (↑ 13). No party obtained a majority. There are 63 percent men, 37 percent women (up 2%). 56 percent of the 751 MEPs are new. Turnout was 43.09% of the electorate, marginally higher than in the preceding election (43%). A number of parties that can be loosely classified as Eurosceptic obtained important results. In two of the largest EU Member States (M/S), these parties won the elections: the National Front, in France (24,95% of the vote) and the United Kingdom's Independent Party, UKIP (26,77%).

What does this all mean?

If turnout is a critical test for democracy in any election, the first good news is that the downward trend of falling participation in European elections was broken. However, there is no space for complacency. The breakout by country shows that participation fell in 18 M/S, compared to 16 M/s for the previous election.

Only higher participation in 4 out of the 5 most populous M/S that averted a lower turnout rate. Participation in crisis-hit Cyprus, Latvia and Slovenia was significantly lower than in the previous elections. Looking at the composition of political parties, a second result is that the parties that have been traditionally considered “core” such as the EPP, the S&D and the ALDE have retained 62% of total seats. Whilst this proportion has fallen from the 72% held in the previous term, it means that central parties are still very much dominant in European politics. It can, nonetheless, be argued that the vote is now more dispersed. Third, dispersion has reduced the number of possible 3-party coalitions that can build up an overall majority. In the preceding legislature, a centre-right coalition involving the EPP, the Liberals and the European Conservatives and Reformist – home to the UK Conservative party – was possible. This is not the case anymore. Hence, politics will tend to converge towards the centre of the political space, where the participation of the main two parties in any significant decision making will be needed. A fourth important consequence of the elections is the presence in Brussels of parties that do not back the status quo or the Union's motto for further integration e.g. UKIP, the Front National or Italy's Five Star Movement. It is too early to assess to what extent their results may translate into tangible influence. The Europe of Freedom and Democracy group, home to the UKIP, managed to establish itself as a political group within the Parliament. However, the anticipated European Alliance for Freedom group organised around the French National Front

European Parliament
Seat breakdown by European Party Group



failed to attract a sufficiently geographically diversified number of MEPs to establish its own political group.

Impact on EU top decision-makers

The first main task of the Parliament will be to participate in the election of the President of the European Commission. According to the Treaty of Lisbon and for the first time in European elections, the results of the elections will have to “be taken into account” by the European Heads of State when they nominate their candidate for that position. Shortly after the EU elections, the leaders of five of the parliament's seven political groups issued a statement inviting EU Heads of State and Government to nominate Mr Juncker. They decided to do so on Friday, 27 June. The date of the election of the next commission president will be Wednesday 16 July (by absolute majority, ie min. 376 votes, and by secret, electronic vote). Should Mr Juncker not obtain an absolute majority in this vote, Heads of State and Government should make a new proposal within a month. The scheduled calendar of key appointments is EP President (1 July); Chair of the Economic and Monetary Affairs Committee (7 July) and President of the European Commission (16 July).

Impact on EU top decision-making in the area of financial services

In addition to participating in the selection of top EU positions, the European Parliament will help to shape and approve European legislation over the next five years. A good deal of what the

Parliament may contribute to the inter-institutional multiannual work programming has been compiled by its services in a document entitled “Mapping the Cost of Non-Europe, 2014 - 19”. With a focus on financial services legislation, the Parliament has emphasized the need to complete the ongoing project of the Banking Union, favouring a cross-border framework for Insurance Guarantee Schemes across Member States. Considering the arithmetics arising from the elections, one can further expect the political programme of the President of the Commission to incorporate elements of both the EPP and S&D political manifestos. In this regard, the EPP stated before the elections that they will ensure that “all banks in the EU follow the same rules”, placing the emphasis, therefore, on the implementation of the Single Rulebook for EU banking. The S&D, however, stated that they plan to “further regulate the banking sector, curb financial speculation and implement adequate firewalls between Commercial and Investment Banking”. They will also “cap bankers’ bonuses” and will “speed up the introduction of the Financial Transaction Tax”.

FATCA:

Gleich lange Spiesse fraglich

Liechtenstein hat das FATCA-Abkommen unterzeichnet. Hans-Joachim Jaeger erläutert im Interview, wie die Umsetzung konkret aussieht, welche Vorteile der Modell-1-Ansatz hat und wie eigentlich die US-Banken mit den Herausforderungen umgehen.

Interview mit Hans-Joachim Jaeger

Herr Jaeger, mit dem durch die G5 (D, F, I, E, UK) angestossenen Intergovernmental Agreement (IGA) wollte man unter anderem wesentliche Umsetzungserleichterungen erreichen. Wurden aus Ihrer Sicht die Ziele erreicht?

Umsetzungserleichterungen gibt es grundsätzlich auf zwei Ebenen: Zum einen ist das ausländische Finanzinstitut dem IRS (US-Steuerbehörde) keine direkte Rechenschaft schuldig. Es muss sich in der Modell-1-Umgebung dem internen Recht des Landes konform verhalten, ist also dem eigenen Gesetzgeber und der eigenen Aufsichtsbehörde gegenüber in der Verantwortung. Das bedeutet aber auch, dass der Gesetzgeber sich genau überlegen muss, wie das Umsetzungsgesetz aussieht. Er steht dabei im Spannungsfeld zwischen der korrekten Umsetzung des Staatsvertrages, hier ist er gegenüber dem amerikanischen Staat verpflichtet, und andererseits möchte der Gesetzgeber den Finanzinstituten im eigenen Land Vereinfachungen zukommen lassen, die noch im Einklang mit dem staatsvertraglichen Regelungen stehen. Zum anderen sehen die Staatsverträge vor, dass in den meisten Fällen, in denen die „Final Regulations“ eine Quellenbesteuerung verlangen („chapter 4 withholding tax“), diese Withholding Tax in einer IGA-Umgebung gerade nicht zu erheben ist. Bei der Identifikation der neuen und bestehenden Konten von Individual- und Geschäftskonten („individual“ und „entity accounts“) sehen die IGAs grundsätzlich keine Erleichterungen vor.

Sie haben die Withholding-Maschine erwähnt. Kann man davon ausgehen, dass die Model 1 FFI's auch langfristig keine Quellensteuerabzugsfunktion aufbauen müssen? Welche Anzeichen sprechen dafür?

Der Aufbau einer solchen Funktionalität in der IT-Landschaft

eines Finanzinstituts ist in der Regel sehr aufwendig und kostenintensiv. In einer Modell-2-Umgebung ist, im Gegensatz zum Liechtensteiner Modell 1, die Quellenbesteuerung bei den unkoooperativen Kunden nur aufgeschoben: Führt eine Gruppenanfrage der USA nicht innerhalb eines definierten Zeitraums zu einer genügenden Information an den IRS, sind die Finanzinstitute hier gehalten, mit der 30-prozentigen Quellenbesteuerung zu beginnen. Dies gibt es im Liechtensteiner Modell 1 nicht. Hingegen ist beiden Modellen zu eigen, dass die Quellenbesteuerung bei US-Quellenzahlungen an nicht teilnehmende Finanzinstitute („NPF-FIs“) stattfinden muss. Das entspricht ja auch genau der Intention der USA: Nicht teilnehmende Finanzinstitute sollen ausgegrenzt werden, weil die Zusammenarbeit mit ihnen kostenintensiver würde.

„Natürlich sind die amerikanischen Banken um ihr eigenes Offshore Business besorgt.“

Wie sehen Sie die Entwicklung betreffend den sogenannten „Passthru Payments“?

Das immer wiederkehrende Schreckgespenst unter FATCA, weil die USA fürchten, dass U.S.-Personen auf Nicht-U.S.-Anlagen ausweichen, die momentan natürlich auch keine Quellenbesteuerung auslösen können. In einem solchen Fall sollen dann auch Zahlungen aus anderen als amerikanischen Quellen der Strafsteuer unterliegen, nämlich dann, wenn das zahlende Finanzinstitut

Dr. Hans-Joachim Jaeger

Dr. Hans-Joachim Jaeger ist seit 2003 Partner und Leiter Banking and Capital Markets Tax Schweiz bei EY. Als Lehrbeauftragter der Universität St. Gallen (HSG), der Universität Luzern und der Universität Liechtenstein gibt er MBA- und MBL-Kurse. Vor seiner heutigen Tätigkeit war er stellvertretender Tax Director bei der Bank Julius Bär sowie Steuerberater bei Arthur Andersen. Jaeger studierte und promovierte an der HSG.



selbst in U.S.-Wertschriften investiert hat. Mit anderen Worten: Zahlungen, bei denen das ausländische Finanzinstitut selbst Schuldner ist, werden plötzlich so angeschaut, als ob sie aus amerikanischer Quelle kämen. Damit wird auch klar, dass insbesondere Zinszahlungen aus Spar- oder Sichteinlagen bei Finanzinstituten dieser Gefahr ausgesetzt wären. Zwei Gründe lassen mich hoffen, dass dieser Fall ab 2017 nicht eintritt: Den USA ist bewusst, dass das vorgeschlagene System der Passthru Payments zu höchstgradig komplexen Prozessen führt und auch mit anderen inländischen Quellensteuern, wie zum Beispiel der Verrechnungssteuer in der Schweiz, in Konflikt gerät. Aus diesem Grunde haben sie auch die Finanzindustrie aufgerufen, und dies wirkt schon fast grotesk, ihnen Vorschläge zu machen, wie die Umsetzung einfacher handhabbar wäre. Zusätzlich ist auch in den IGAs eine Klausel enthalten, dass sich die Vertragsparteien zusammensetzen sollen, um hier eine einvernehmliche Lösung zu finden. Zum anderen ist die Bestrafungswirkung nicht mehr so dringlich, weil die IGA-Staaten ja implizit eine Verantwortung übernommen haben, ihre eigenen Finanzinstitute zu FATCA-konformem Handeln anzuhalten. Das heisst, die USA kommen an die Daten heran, die sie mit FATCA verlangen, also auch, wenn eine U.S.-Person in Nicht-U.S.-Anlagen investiert hat. Oder mit anderen Worten: Je dichter das IGA-Netz wird, desto unwahrscheinlicher wird es, dass die Passthru Payments so eingeführt werden, wie sie momentan vorgesehen sind.

Mit dem Model 1 IGA wurde auch die Reziprozität des Automatischen Informationsaustausches vertraglich festgelegt. Hat diese Gegenseitigkeit eine politisch-gesellschaftliche Diskussion in den USA ausgelöst?

In der Wahrnehmung der breiten Bevölkerung nein, im Kreise der betroffenen Banken sehr! Sie können sich vorstellen, dass die amerikanischen Banken nicht unbedingt von der Idee begeistert sind, Informationen sammeln zu müssen, die dann an ausländische Steuerbehörden weitergegeben werden. Im Januar dieses Jahres wurde eine Klage der Bankenverbände von Texas und Florida abgeschmettert, die verhindern sollte, dass die Banken diese Konto- und Personeninformationen sammeln müssen. Aufgrund des Richterspruchs, der auszugsweise recht süffisant formuliert ist, muss dies nun aber doch stattfinden. Natürlich sind die amerikanischen Banken um ihr eigenes „offshore business“, namentlich mit Anlegern aus südamerikanischen Ländern, besorgt.

In welcher Form können die USA die Reziprozität der Informationsinhalte gewährleisten?

Zunächst einmal nur beschränkt und ich wage zu behaupten, einbahnstrassenartig. Bei den Bewegungsdaten beschränken sich mögliche Meldungen erst einmal auf Zinszahlungen von mehr als USD 10 pro Jahr. Dividendenzahlungen und andere Einkünfte (z. B. Verkaufserlöse oder allenfalls Kapitalgewinne) stehen momentan gar nicht zur Rede. Irritierend wirkt ein Passus in den einleitenden Erläuterungen zum Common Reporting Standard der OECD: Während der Rest der Welt durch Gesellschaften und Trusts (mithin durch opake Strukturen) auf den effektiven „Beneficial Owner“ schaut und diesen allenfalls melden muss, scheinen die amerikanischen Banken von dieser Verpflichtung in bestimmten Situationen enthoben zu sein. Dies nämlich dann, wenn es sich um eine „entity“ in einem Nicht-IGA-Land handelt. Diese „entity“ würde, so die Begründung, durch das

Intergovernmental Agreement (IGA)

Die liechtensteinische Regierung hat am 16. Mai 2014 mit den USA zur Umsetzung des „Foreign Account Tax Compliance Act“ (FATCA) ein zwischenstaatliches Abkommen (IGA) abgeschlossen. Mit den neuen Vorgaben soll verhindert werden, dass US-steuerpflichtige Personen, insbesondere mittels im Ausland befindlicher Finanzinstitutionen bzw. anderer Nicht-US-Rechtsgebilde, ihre Steuern nicht korrekt deklarieren. Das von Liechtenstein abgeschlossene Abkommen folgt dem sogenannten Modell-1-Ansatz, welchen mit Ausnahme von Japan, der Schweiz, Österreich, Chile und Bermuda auch die anderen Abkommensstaaten bisher unterzeichnet haben.

Es enthält zahlreiche bilaterale Erleichterungen gegenüber den ursprünglichen FATCA-Vorschriften. Das Abkommen sieht vor, dass ein meldendes liechtensteinisches Finanzinstitut (sog.

Foreign Financial Institution oder FFI) Informationen über gewisse Kontoinhaber an die nationale Steuerverwaltung melden muss, welche diese Informationen dann ihrerseits unter dem Verfahren des Automatischen Informationsaustausches an die amerikanischen Steuerbehörden weiterleitet. Das Abkommen beruht auf Gegenseitigkeit (Reziprozität). Das heisst, dass auch die USA sich verpflichtet haben, der liechtensteinischen Steuerverwaltung Informationen zu den in den USA gehaltenen Konten der in Liechtenstein steuerpflichtigen Personen zu liefern. Das Abkommen und insbesondere das darauf basierende Reportingsystem ist das Muster und bildet die Grundlage für den sich derzeit auf OECD-Ebene in Erarbeitung befindlichen globalen Standard zum Automatischen Informationsaustausch. Infolgedessen kommt dem Abkommen eine grosse Bedeutung zu, sowohl in regulatorischer als auch in praktischer Hinsicht.

Fortsetzung von Seite 27

bestehende FATCA-System bereits durch die 30-prozentige Quellensteuer „bestraft“. Die Begründung verschweigt jedoch, dass die Quellensteuer nur auf U.S.-Quellenerträgen abgezogen würde. Nehmen wir ein konkretes Beispiel: Eine in Liechtenstein ansässige Person ist Alleinaktionärin einer Offshore-Gesellschaft im Land X (Nicht-IGA-Land). Diese Gesellschaft unterhält ein Depot bei einer amerikanischen Bank, in dem nur Nicht-U.S.-Titel liegen. In dieser Konstellation wird die amerikanische Bank unter den Regeln des Common Reporting Standards trotz Reziprozitätsversprechen keine Meldung nach Liechtenstein machen und wäre nicht einmal verpflichtet, durch diese Gesellschaft hindurchzuschauen. Hier stellt sich dann schon die Frage der gleich langen Spiesse.

Die FATCA-Regeln kommen grundsätzlich ab 1. Juli 2014 zur Anwendung, wobei zahlreiche Übergangsbestimmungen zu berücksichtigen sind. Welche Rolle spielt dabei die IRS Notice 2014-33?

In diesem Bereich liegt die einschlägige Änderung bei der Identifikation der „entity accounts“: Neue Geschäftskonten, die bis zum 31. Dezember 2014 eröffnet werden, können als bestehende Konten behandelt werden. Vereinfacht ausgedrückt: Der Neueröffnungsprozess für diese und nur für diese Konten muss am 1. Juli 2014 noch nicht stehen. Dies liegt massgeblich daran, dass es der IRS erst kürzlich geschafft hat, die Instruktionen zum neuen W-8BEN-E-Formular zu publizieren, das für die Identifizierung der „entity accounts“ benötigt wird. Wir sehen bislang wenig Einfluss dieser Verschiebung auf die Projekte bei den Banken. Die meisten der uns bekannten Banken fahren ihre Projekte wie bislang geplant weiter.

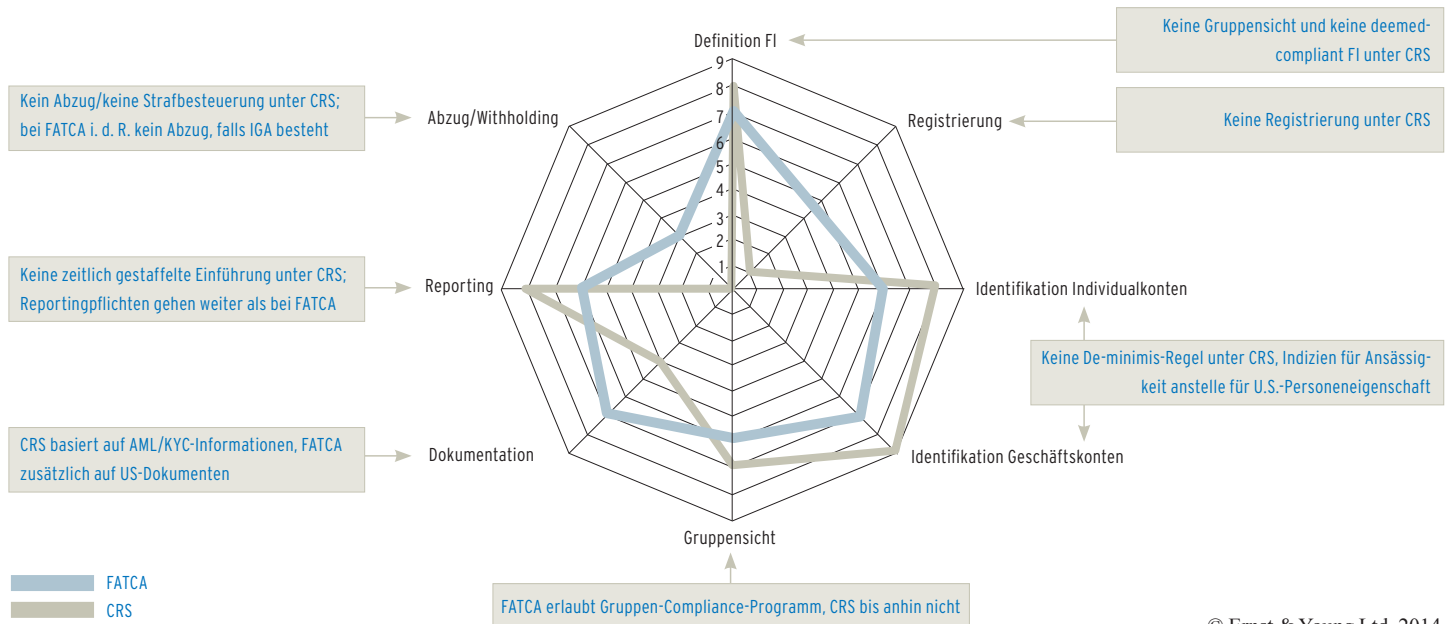
Welche zusätzlichen Detailregeln zur Harmonisierung und Zusammenführung von FATCA und dem QI-System erwarten Sie noch?

Das heutige QI-System und das neue FATCA-System werden für eine gewisse Zeit nebeneinander existieren, bis sie zu einem späteren Zeitpunkt wahrscheinlich miteinander verschmolzen werden. Die Detailregeln werden insbesondere das Meldewesen (sog. 1099-Reporting unter QI und 8966-Reporting unter FATCA) betreffen, namentlich die Frage, ob gewisse Formularteile für beide Zwecke gebraucht werden können. Die Koordinationsregeln werden auch darauf abzielen, Doppelmeldungen oder gar doppelte Quellenbesteuerungen zu vermeiden. Ich denke, dass Informationen hierzu über die kommenden Monate tröpfchenweise veröffentlicht werden.

Macht die Systematik des sogenannten Model 2 IGA bei Anwendung des künftig geltenden Automatischen Informationsaustausches nach dem OECD-Standard noch Sinn?

Der CRS lehnt sich ganz deutlich an das FATCA-Modell 1 an. Über weite Strecken ist er sogar eine getreue Kopie von FATCA. Da der CRS einen Datenaustausch zwischen den involvierten Steuerbehörden vorsieht (wie es auch bei der Amtshilfe in Steuersachen regelmässig der Fall ist), steht das Modell 2 tatsächlich etwas quer in der Landschaft. Dies besonders, weil die Daten, die der IRS unter der FATCA-Reziprozität melden müsste, natürlich einen anderen Weg nehmen als die Daten auf dem Hinweg zum IRS. Man hat hier zwei verschiedene Reportingwege, nämlich einmal von den Modell-2-Finanzinstitutionen an den IRS und vom IRS an die Modell-2-Steuerbehörden. Dies wird einer der Gründe sein, warum die Schweiz bereits offiziell verlautbart hat, dass

Wahrgenommene Komplexität von FATCA und Common Reporting Standard im Vergleich



© Ernst & Young Ltd. 2014

man einen Wechsel vom ratifizierten Modell 2 hin zum Modell 1 mit Reziprozität in Erwägung zieht. Man darf sich trotz aller Gemeinsamkeiten aber nicht der Illusion hingeben, dass FATCA und der CRS wirklich deckungsgleich sind. Natürlich sucht FATCA nach U.S.-Personen, während der CRS anhand von Indizien und Selbsterklärungen fragt, ob eine Person in einem Land ansässig ist, mit dem der Informationsaustausch vereinbart wurde. Recht unterschiedlich gestalten sich nach heutigem Kenntnisstand auch die Informationen, die tatsächlich ausgetauscht werden sollen. Hier sind die USA zunächst einmal in Vorlage getreten und es bleibt abzuwarten, ob die OECD den CRS entsprechend anpassen möchte. Der umgekehrte Fall ist meines Erachtens eher unwahrscheinlich.

„Der virulentere Unterschied ist das Fehlen eines ‚deemed compliant‘-Status.“

Können die Finanzintermediäre davon ausgehen, dass ihr FATCA-Status und die damit verbundenen Pflichten auch für den OECD-Standard übernommen werden?

Was die Definition angeht, was überhaupt ein Finanzinstitut ist, zum grossen Teil ja: Hier entspricht der jetzige Entwurf des CRS grossflächig den FATCA-Regeln. Selbst die Regelung, dass eine Zweigniederlassung einer ausländischen Bank in einem der teilnehmenden Länder als selbständige Finanzinstitution im Sinne des CRS gilt, wurde unverändert aus FATCA übernommen. Zwei

wesentliche Unterschiede bestehen jedoch darin, dass der CRS bisher keine Gruppenbetrachtung kennt, wie es FATCA mit der „expanded affiliated group“ vorsieht; ein „Sponsoring“ anderer verbundener Einheiten existiert gegenwärtig unter dem CRS auch nicht. Der virulentere Unterschied ist aber das Fehlen eines „deemed compliant“-Status. Kleinere und eher lokal tätige Banken, die unter FATCA diesen Status für sich in Anspruch nehmen können, werden sich unter heutiger Lesart nur kurz darüber freuen, dass sie den gesamten Identifizierungs- und Rapportierungsaufwand unter FATCA nicht haben. Zusammen mit dem Fehlen der De-minimis-Regel (keine Identifizierung von Konten natürlicher Personen mit nicht mehr als USD 50'000) führt dies dazu, dass sämtliche vorbestehenden Konten praktisch ausnahmslos einer Identifizierung unterzogen werden müssen.

Financial Inclusion

Mit grosser Mehrheit hat das Europäische Parlament am 15. April 2014 die Zahlungskontenrichtlinie verabschiedet. Ziel ist es, das Recht auf ein Basiskonto für jedermann in der EU zu verankern. Zudem sollen eine bessere Vergleichbarkeit der Gebühren und Vereinfachungen beim Wechsel des Bankinstitutes den Wettbewerb fördern.

von Johann Wucherer

Die vom Parlament verabschiedete Richtlinie wird voraussichtlich im September 2014 im Amtsblatt der Europäischen Union (EU) publiziert. Danach haben die Mitgliedstaaten zwei Jahre Zeit für die innerstaatliche Umsetzung. Als Mitglied des EWR ist auch Liechtenstein davon betroffen. Es geht dabei primär um Financial Inclusion. Mit diesem Anglizismus wird die Integration von jenen beschrieben, die bisher vom Finanzsystem ausgegrenzt wurden. Untersuchungen schätzen die Anzahl der Konsumenten ohne Bankkonto in der EU auf etwa 30 bis 68 Millionen. Die 2011 Global Financial Inclusion Database (Global Findex), ein Projekt, das von der Bill & Melinda Gates Foundation ins Leben gerufen wurde, schätzt, dass in Europa und Zentralasien zusammen nur etwa 55 Prozent der Erwachsenen ein Konto besitzen. Dabei wird davon ausgegangen, dass etwa die Hälfte gerne ein Konto hätte. Zu den Gründen gehört, dass ein regelmässiges Einkommen fehlt, sie keinen festen Wohnsitz vorweisen können, von den Banken als unprofitabel eingestuft werden oder ungenügend dokumentiert sind. Die Betroffenen sind dadurch von wichtigen Lebensbereichen ausgeschlossen, denn oft hängt der Zugang zu Wohnung, Arbeit, Versicherung, Kredit und eCommerce davon ab.

Recht auf ein Basiskonto

Nachdem eine Selbstregulierungsinitiative und Empfehlungen der EU-Kommission im Jahr 2011 nicht das gewünschte Resultat brachten, sah sich die EU zu weiteren Massnahmen gezwungen. Eine Richtlinie räumt nun allen EU-Konsumenten, ohne im Land der kontoführenden Bank wohnhaft zu sein, das Recht auf ein Zahlungskonto mit Basisfunktionen ein. Mit anderen Worten, Banken dürfen keinem EU-Konsumenten ein Zahlungskonto verweigern, ausser der Antragssteller hat bereits eines im betreffenden Land oder die Bestimmungen zur Verhinderung der

Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung können durch die Aufnahme der Geschäftsbeziehung nicht eingehalten werden. Das Konto sollte eine Debitkarte und einen eBanking-Zugang beinhalten. Hingegen sind Banken nicht verpflichtet, einen Überziehungsrahmen zur Verfügung zu stellen. Ob das Erheben einer Gebühr für das Basiskonto zulässig ist oder nicht, liegt in der Umsetzungskompetenz der einzelnen Mitgliedstaaten. Ebenso die Entscheidung, ob alle Institute ein Basiskonto anbieten müssen oder, sofern keine Wettbewerbsverzerrungen entstehen, nur bestimmte.

„Schätzungen zufolge besitzen in Europa und Zentralasien zusammen 45 Prozent der Erwachsenen kein Konto.“

Vergleichbarkeit der Gebühren

Um Transparenz und Vergleichbarkeit der Gebühren zu verbessern, setzt die Richtlinie auf Vergleichsportale. Auf mindestens einer Webseite pro Mitgliedstaat müssen die Gebühren aller Institute veröffentlicht werden. Dazu ist zunächst die Schaffung einer Liste mit den gebräuchlichsten Funktionen eines Zahlungskontos notwendig. Die Liste kommt aber nicht nur bei den Vergleichsportalen zum Einsatz. Denn darauf aufbauend sind Banken künftig verpflichtet, jedem Kunden vor Vertragsabschluss eine Gebühreninformation auszuhändigen und auf der bankeigenen Internetseite jederzeit zugänglich zu machen. Darüber hinaus



© Visionär - Fotolia.com

müssen sie die Kunden künftig mindestens einmal jährlich über die angefallenen Gebühren informieren sowie die Begriffe auf der Liste in allen Vertrags- und Werbeunterlagen verwenden.

Vereinfachungen beim Wechsel der Bankverbindung

Schliesslich soll der Wettbewerb durch Vereinfachungen beim Kontowechsel gefördert werden. Innerhalb eines Mitgliedstaates muss der Kunde dann nur noch das neue Institut seiner Wahl kontaktieren und diesem eine Vollmacht zur Vornahme des Wechsels erteilen. Die neue Bank hat sich sodann mit der transferierenden Bank abzustimmen, um den Saldotransfer zu veranlassen und alle Funktionalitäten spiegelbildlich einzurichten, inklusive etwaiger Daueraufträge und Lastschriftenmandate. Ferner muss das neue Institut relevante Drittparteien wie beispielsweise Arbeitgeber, Sozialversicherung, Telekommunikationsanbieter und Energieversorger über den Kontowechsel informieren. Bei einem grenzüberschreitenden Wechsel ist die transferierende Bank hingegen lediglich verpflichtet, dem Kunden alle Informationen zur Verfügung zu stellen, die von der neuen Bank zum Einrichten des Kontos benötigt werden.

„Mangelnde Finanzbildung ist ein wesentlicher Teil des Problems.“

Kritik an der Vorgehensweise

Die EU rechtfertigt den Eingriff in die Vertragsfreiheit vor allem damit, dass die Ausgrenzung von Konsumenten aufgrund ihrer finanziellen Situation oder ihres Wohnsitzes einen hohen volks-

wirtschaftlichen Schaden verursacht. Wie die Stellungnahmen der öffentlichen Konsultation zum Rechtsakt zeigen, sieht der europäische Bankensektor in der Standardisierung jedoch die marktgetriebene Produktvielfalt gefährdet und stellt einen direkten Zusammenhang zwischen der Vergleichbarkeit der Gebühren und der Kundenmobilität infrage. Die Selbstregulierung sei grundsätzlich ausreichend. Die Banken machen vor allem eine mangelnde Finanzbildung dafür verantwortlich, dass die Selbstregulierung nicht das gewünschte Resultat erzielte. Als Rechtfertigung für die Richtlinie wurde auch immer wieder das Beispiel von Studenten aufgegriffen, die im Studienland kein Konto erhalten, wenn es sich nicht um ihr Heimatland handelt. Die EU hat dieses Problem indirekt jedoch schon an die Single European Payments Area (SEPA) adressiert. Dank SEPA können Privatpersonen und Unternehmen in der EU den gesamten Euro-Zahlungsverkehr innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) mit nur einem Konto abwickeln, und zwar so einfach, effizient und sicher, wie dies bisher bei innerstaatlichen Transaktionen der Fall war. Es stellt sich also die Frage, wozu ein Student im Studienland überhaupt noch ein Konto benötigt. Vielmehr müsste doch das angestammte im Heimatland nach SEPA ausreichen.

LGT nimmt auch die nicht-finanziellen Risiken in den Blick

Die LGT Group achtet als Unternehmen und in ihren Anlagen auf Nachhaltigkeit. Dabei setzt die Bank auch auf den Dialog mit den Unternehmen, in die sie investiert, sagt Ursula Finsterwald, Group Sustainability-Managerin. Der positive Effekt bei diesem Nachhaltigkeitsansatz ist, dass auch nicht-finanzielle Chancen und Risiken eingehend betrachtet werden.

Interview mit Ursula Finsterwald

Frau Finsterwald, die LGT ist eine erfolgreiche Bank. Sie ist gleichzeitig eine Bank, die seit Langem auf Nachhaltigkeit setzt. Besteht da ein Zusammenhang?

Aus meiner Sicht ganz klar ja. Die LGT setzt auf eine langfristige Geschäftsstrategie und hat nicht den schnellen Gewinn im Blick. Die Eigentümerin der LGT, die Fürstenfamilie von Liechtenstein, denkt nicht in Quartalen, sondern in Generationen. Für sie bedeutet Nachhaltigkeit, ihren Kindern und Enkelkindern eine intakte ökologische, soziale und ökonomische Ordnung zu hinterlassen. Diese Werthaltung spiegelt sich in der Unternehmenskultur.

Ist langfristig gleich nachhaltig?

Langfristigkeit hat mit Nachhaltigkeit zu tun. Aber die beiden Begriffe bedeuten nicht dasselbe. In der Nachhaltigkeit sprechen wir vom „Dreieck der Nachhaltigkeit“. Im Prinzip geht es darum, dass ökonomische, ökologische und soziale Verantwortung sich gegenseitig bedingen und nicht isoliert betrachtet werden können. Dazu gehören zum Beispiel ein faires Geschäftsgebaren, Umweltthemen und der schonende Umgang mit Ressourcen. Auch soziale Risiken wie Kinder- und Zwangsarbeit sowie Menschenrechtsverletzungen gilt es zu berücksichtigen. Nicht zuletzt nimmt die LGT gesellschaftliche Verantwortung wahr.

Wie kann man das im alltäglichen Geschäft umsetzen?

Wir haben das sogenannte Norm Screening eingeführt, das heisst, wir investieren gruppenweit nicht in Unternehmen, die an der Herstellung, Lagerung und Lieferung sogenannter kontroverser

Waffen beteiligt sind. Unter kontroversen Waffen versteht man Atombomben, Landminen, Streubomben und -munition, biologische und chemische Waffen. Weiter identifizieren wir bei unseren LGT Sustainable Investment Funds Unternehmen, Organisationen und Länder, die langfristig und nachhaltig das menschliche Wohlbefinden steigern, gleichzeitig aber auch zur dauerhaften Wertschöpfung beitragen. Es gilt, Anlagen zu selektieren, die langfristig und nachhaltig positives Entwicklungspotenzial aufweisen und die investierbar sind.

„Wir dürfen die ökonomische, ökologische und soziale Verantwortung nicht isoliert betrachten; sie bedingen sich gegenseitig.“

Wie?

Für diese Anlagen haben wir einen dualen Ansatz entwickelt, bei dem sowohl Nachhaltigkeitskriterien (ESG) als auch finanzielle Fundamentaldaten berücksichtigt werden. Die Portfoliokonstruktion basiert auf einem zweistufigen Prozess: Zunächst schliessen wir in einem Selektionsprozess illiquide Aktien und Obligationen sowie jene Unternehmen aus, die ihren Umsatz mit Tabak, Glücksspiel, Waffen und Pornografie generieren oder bei denen Kinderarbeit nachgewiesen wurde. Bei Staatsanleihen schliessen

Ursula Finsterwald

Ursula Finsterwald ist seit 2011 Group-Sustainability-Managerin der LGT Group. Zuvor hat sie unter anderem bei BHP Bruggen und Partner AG in Zürich und beim Bundesamt für Umwelt (BAFU) in Bern gearbeitet. Sie hat an der Universität St. Gallen Staatswissenschaften studiert.



wir Länder aus, die den Atomwaffen-Sperrvertrag und die völkerrechtlichen Verträge zum Verbot von Landminen und Streumunition nicht unterzeichnet haben oder die Menschenrechte in schwerwiegendem Masse verletzen. Auch analysieren wir das Ausmass der Korruption in einem Land anhand von Daten der Organisation Transparency International. In einem zweiten Schritt wenden wir ein transparentes ESG-Indikatorenset zur Erschliessung von Anlagechancen an. Das speziell entwickelte Analyseverfahren ermöglicht dabei insbesondere, Unternehmen aus den unterschiedlichsten Sektoren und Regionen miteinander vergleichbar zu machen. Die schlechten Unternehmen hinsichtlich des ESG-Score werden aus dem Anlageuniversum ausgeschlossen.

„Wir sind überzeugt, dass nachhaltiges Investieren nicht nur über Ausschlusskriterien umgesetzt werden kann.“

Also investieren Sie in Hersteller von nicht kontroversen Waffen?

Bei unseren nachhaltigen Anlagen sind Waffen generell ausgeschlossen. Für andere Anlagelösungen gibt es keine expliziten Ausschlusskriterien. Wir sind überzeugt, dass nachhaltiges Investieren nicht nur über Ausschlusskriterien umgesetzt werden kann.

Dies deckt nur einen Bereich ab und greift zu kurz. Wir kombinieren die Analyse von Nachhaltigkeitskriterien und Fundamentaldaten und treten zudem mit den Unternehmen in Dialog. Wir wollen verstehen, wie ein Unternehmen wirtschaftet. Nehmen wir als Beispiel die Rohstoffbranche: Wir investieren in diesen Sektor, aber wir wollen, dass sich die Unternehmen an gewisse Minimalstandards halten. Würden wir diese Unternehmen aus unserem Universum komplett ausschliessen, könnten wir keinerlei Einfluss auf die Unternehmen nehmen, in der Branche würde sich nichts verändern. Über den Dialog können wir die Auseinandersetzung mit Nachhaltigkeitsfragen anstossen.

Wie engagieren Sie sich? Gehen Sie zu Glencore nach Baar und reden mit den dortigen Managern?

Zunächst analysieren wir ein Unternehmen in Hinblick auf die ESG-Faktoren gründlich. Dabei stützen wir uns auch auf Daten eines externen Analysten aus diesem Bereich. Wenn dies Fragen aufwirft oder Schwachstellen offensichtlich werden, sprechen wir die Unternehmen darauf an. Hierzu verwenden wir einen eigens ausgearbeiteten Fragebogen. Als langfristig ausgerichteter Investor verfolgen wir die Entwicklung eines Unternehmens auch hinsichtlich Nachhaltigkeitsthemen. Entwickeln sich diese nicht wie gewünscht, investieren wir nicht oder deinvestieren auch wieder.

Wie reagieren die Unternehmen?

Unterschiedlich. Es gibt Unternehmen, die froh sind über unser

Fortsetzung von Seite 33

Engagement. Sie können auf diese Weise aufzeigen, was sie machen. Oft haben sich die Unternehmen des Themas bereits angenommen, es ist aber nicht öffentlich bekannt. Manche Unternehmen wünschen keinen Dialog mit uns.

Schauen Sie sich so nur diejenigen Unternehmen an, in die Sie mit Ihren nachhaltigen Anlagen investiert sind?

Nein, auch bei den alternativen Investments treten wir in einen Dialog mit unseren externen Managern. Wir möchten, dass sie ESG-Kriterien bei ihren Investitionsentscheiden berücksichtigen.

Wie können Sie Nachhaltigkeit messen?

Im Rahmen der von uns entwickelten ESG-Analyse für Unternehmen vergleichen wir die Nachhaltigkeit von Unternehmen gegeneinander. Wir haben den Anspruch, in unserer Sustainability-Produktpalette einen höheren Nachhaltigkeitsquotienten als die jeweilige Produkt-Benchmark zu haben. Für externe Manager haben wir ein Ranking entwickelt. Dieses macht das Nachhaltigkeitsengagement messbar und vergleichbar.

Sind nachhaltige Anlagen auch finanziell die besseren Anlagen?

Verschiedene Studien haben gezeigt, dass es durchaus einen positiven Zusammenhang zwischen Rendite und Nachhaltigkeit gibt. Unternehmen, die auch Chancen und Risiken aus den Bereichen Soziales, Umwelt und Unternehmensführung berücksichtigen, wirtschaften anders. Sie können langfristig eine bes-

sere Wertschöpfung generieren als Unternehmen, die kurzfristig hohen Gewinn anstreben.

Wie können Sie sicherstellen, dass alle LGT-Kundenberater dies in ihren Kundengesprächen auch so darstellen?

Um das Thema zu vermitteln, nutzen wir verschiedene Kanäle. Einerseits bieten wir interne Schulungen an. Andererseits kommunizieren wir in regelmässigen Abständen über die Bereiche Soziales/Gesellschaft, Umwelt und Governance. Und natürlich ist das persönliche Gespräch ein wichtiges Medium.

Wie reagieren die Kunden?

Unsere Kunden teilen die Werthaltung der LGT. Für sie ist die langfristige Wertschöpfung und Wertvermehrung wichtig. Dies passt sehr gut zu unseren spezifischen LGT-Sustainable-Investment-Produkten, die in Unternehmen investieren, die langfristig die finanzielle Wertschöpfung sichern und darüber hinaus nachhaltig zur Erhöhung der Lebensqualität beitragen. Wir stellen auch fest, dass sich die Kunden verstärkt für nachhaltige Anlagen interessieren. Oft wollen sie auch wissen, wie die LGT selber ihre unternehmerische Verantwortung wahrnimmt.

... zum Beispiel LGT Venture Philanthropy?

LGT Venture Philanthropy, kurz LGT VP, ist mittlerweile einer der bekanntesten Impact Investors. LGT VP unterstützt Sozialunternehmen, die Produkte und Dienstleistungen für jene rund zwei Milliarden Menschen entwickelt haben, die täglich



© buchachon - Fotolia.com

weniger als zwei US-Dollar zum Leben haben. Dies mit dem Ziel, die Lebensqualität von so vielen Menschen wie möglich zu verbessern, also eine möglichst hohe soziale Rendite zu erwirtschaften. Nachhaltigkeit bedeutet in diesem Kontext, dass LGT VP erstens keine Projekte, sondern Organisationen bei gesundem Wachstum und Skalieren unterstützt, zweitens nur streng geprüfte, hochwirksame Lösungen fördert und drittens die finanzielle Unterstützung nach marktüblichen Bedingungen und zur Qualitätsverbesserung ausrichtet. Mittlerweile hat LGT VP ein aktives Portfolio von über 29 Organisationen, die sich auf sechs Weltregionen verteilen und gemeinsam über 4,5 Millionen benachteiligte Menschen erreichen.

Wessen Geld investieren Sie?

Einerseits investiert die Fürstenfamilie einen Teil ihres Vermögens – pro Jahr zwischen fünf und zehn Millionen Franken. Andererseits investieren auch Kunden in die Portfolio-Organisationen oder in speziell aufgelegte Impact-Fonds.

Ein neuer Trend?

Im Spektrum der sozialverantwortlichen Investitionsarten ist Impact Investing zwar ein noch junger, aber vielversprechender Ansatz mit grossem Potenzial, denn Impact Investing geht einen Schritt weiter: Investiert wird nur in Geschäftsmodelle, die bewusst und nachweisbar einen positiven Mehrwert für Mensch und Umwelt schaffen; sozusagen ein Plus auf dem ESG-Konto erwirtschaften, statt „nur“ weniger stark ins Minus zu rutschen.

S.D. Prinz Max von und zu Liechtenstein, CEO der LGT Group, hat dieses Potenzial schon 2007 erkannt und gefördert. LGT ist weltweit die einzige Privatbank, die ein eigenes Impact-Investing-Team hat und aus eigener Erfahrung Kunden auch zu philanthropischen Themen berät und massgeschneiderte Impact-Investing-Engagements von Kunden umsetzen kann.

Ist Nachhaltigkeit ein Thema des ganzen Finanzplatzes Liechtenstein?

Der Finanzplatz Liechtenstein will sich mit dem Thema positionieren. Dazu wurden auch die LIFE Klimastiftung Liechtenstein und die Microfinance Initiative Liechtenstein gegründet. Nachhaltigkeit ist Teil der neuen Finanzplatzstrategie, die Liechtenstein letztes Jahr verabschiedet hat. Auch die Universität Liechtenstein hat das Thema aufgegriffen. Nachhaltigkeit ist in der Gesellschaft angekommen. Wer da nicht dabei ist, verpasst den Anschluss.

Interview: Steffen Klatt

Kunden suchen Vertrauen und Performance

Im Auftrag der LGT Group führte die Abteilung für Asset Management der Johannes Kepler Universität Linz im Januar 2014 eine Befragung zum Anlageverhalten von Private-Banking-Kunden in Österreich und der Schweiz durch. Prof. Dr. Teodoro D. Cocca hat die Resultate für das BANKENMAGAZIN zusammengefasst.

von Prof. Dr. Teodoro D. Cocca

Insgesamt wurden 257 Personen befragt (in der Schweiz 156 und in Österreich 101 Personen). Zentrales Kriterium für die Teilnahme an der Befragung war das frei verfügbare Anlagevermögen: in Österreich mehr als EUR 500'000 und in der Schweiz mehr als CHF 900'000.

Die gewonnenen Resultate hinsichtlich der durchschnittlichen Vermögensallokation sprechen Bände über die seelische Verfassung der Privatanleger. Die Finanzkrise, welche 2007 ihren Anfang nahm, scheint an den Finanzmärkten mehr oder weniger überwunden zu sein. Obwohl sich die Aktienmärkte in den letzten beiden Jahren von ihrer besten Seite zeigten, stellt man einen weiterhin erstaunlich hohen Cash-Anteil in den Portfolios fest (siehe Abbildung 1). Im Vergleich zum Jahr 2012 bleibt die durchschnittliche Asset Allocation bei den befragten schweizerischen Private-Banking-Kunden praktisch unverändert. Dabei beträgt der Cash-Anteil weiterhin hohe 29 Prozent des Anlagevermögens.

Der Schock beziehungsweise das gewachsene Misstrauen aus den Krisenjahren scheint sehr tief zu sitzen. Die Krise mag an den Märkten schon zur Vergangenheit gehören, in den Köpfen der Kunden ist sie weiterhin sehr präsent und beeinflusst deren Handeln. Eine breite Diversifikation über die verschiedenen Anlageklassen wird deswegen aber nicht angestrebt. Insbesondere Anlageklassen wie alternative Anlagen oder Rohstoffe fristen weiterhin ein Schattendasein, auch wenn erstere wenigstens eine

leicht steigende Beliebtheit in der Schweiz erfahren. Während 2012 noch 16 Prozent der befragten Schweizer alternative Anlagen in ihren Portfolios hielten, sind es nun 26 Prozent. Im Durchschnitt machen alternative Anlagen einen Anteil von fünf Prozent des Portfolios aus (2012: zwei Prozent). Ohne Diversifikation der Anlageklassen bleibt die Korrelation zwischen Markt- und Renditeentwicklung in den Portfolios weiterhin sehr hoch. Eine systematische Diversifikation über alle Anlageklassen hinweg würde zu einer geringeren Abhängigkeit von einzelnen Markttrenditen führen. Die Optik der Anleger scheint aber weiterhin auf die drei Anlageklassen Cash, Aktien und Anleihen beschränkt zu sein.

In der Befragung aus dem Jahr 2012 unterschied sich der investierte Anteil zwischen Risikofreudigen und Risikoaversen in allen Anlageklassen in nicht signifikanter Weise – mit einer Ausnahme: dem Cash-Anteil. Es liesse sich somit feststellen, dass die Anlageklasse Cash die wichtigste und primäre Grösse in der Risikosteuerung des Portfolios war, was auch dem theoretischen Ansatz der klassischen Portfoliotheorie entspricht. In einem Umfeld wieder haussierender Börsenmärkte wäre nun zu erwarten gewesen, dass auch risikoaverse Private-Banking-Kunden ihren Cash-Anteil zugunsten risikobehafteter Anlageklassen zumindest teilweise reduzieren. Dies ist aber nicht der Fall: Während die Risikofreudigen in der Zeitspanne von 2012 bis 2014 in einem Umfeld steigender Aktienmärkte den Aktienanteil stabil gehalten haben, haben risikoaverse Investoren den Aktienanteil abgebaut

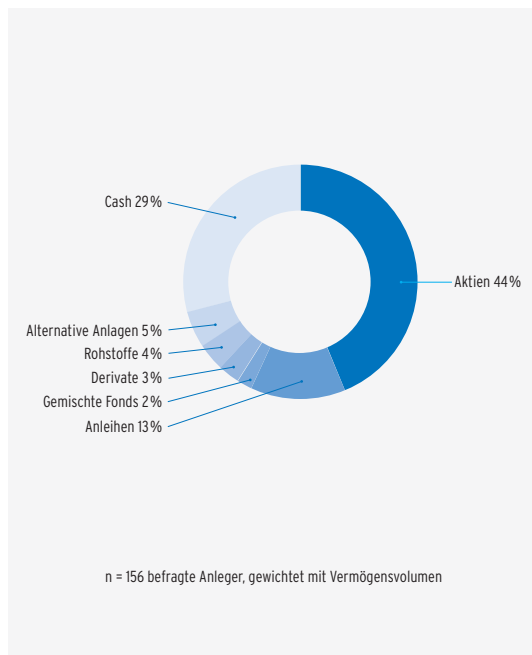


Abbildung 1: Durchschnittliche Asset Allocation (Schweiz)

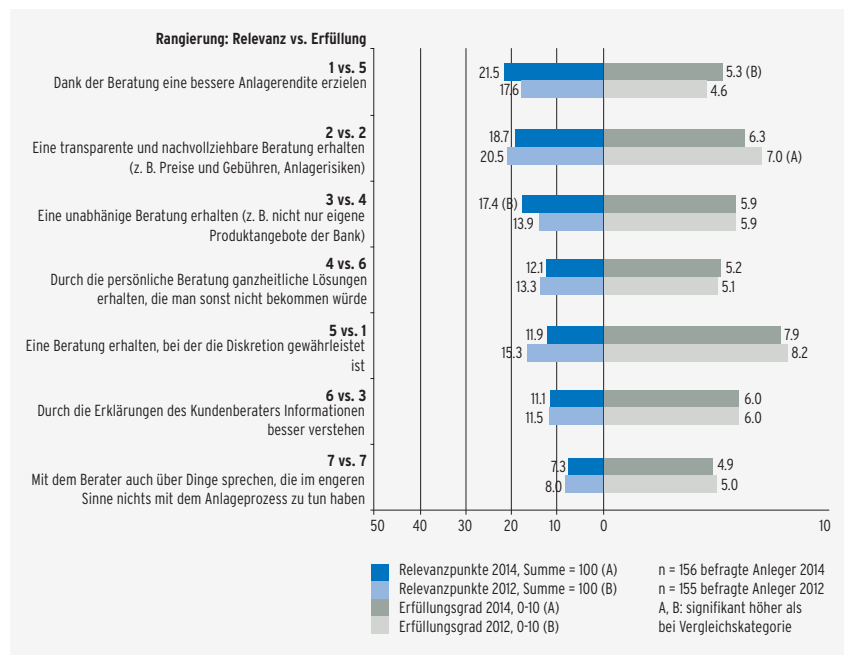


Abbildung 2: Beratungsbedürfnisse – Relevanzranking und Erfüllungsgrad (Schweiz)

und dafür Anleihen und Fondsanteile erhöht. Dies dürfte Ausdruck eines sehr tief sitzenden Misstrauens gegenüber dem beobachteten Marktaufschwung einer grossen Zahl von Marktteilnehmern sein. Folglich haben aufgrund dieser defensiven Haltung einige den Marktaufschwung verpasst. Dieses Gefühl, „etwas verpasst“ zu haben, ist das Hauptmotiv hinter den geäusserten Absichten vieler Kunden, im laufenden Jahr eine Erhöhung der Aktienquote in Betracht zu ziehen. 29 Prozent der Befragten in der Schweiz geben an, ihre Bargeldbestände beziehungsweise Barkonti bis zum Jahresende 2014 zugunsten anderer Anlageklassen reduzieren zu wollen. Inwieweit dieser Antrieb ein guter Ratgeber ist und im Einklang mit einer langfristig orientierten Anlagestrategie steht, muss offen bleiben.

Die persönliche Beratung durch den Kundenberater einer Bank kann gerade im oben dargestellten Kontext verschiedene Vorteile haben. Angesprochen auf die relevantesten Bedürfnisse zeigte sich ein klares Bild: Aus Sicht eines Schweizer Private-Banking-Kunden besteht das primäre Bedürfnis bei der Inanspruchnahme der Dienstleistung eines Private-Banking-Anbieters darin, dank der Beratung eine bessere Anlagerendite zu erreichen (vgl. Abbildung 2). Der Renditeaspekt erzielte mit durchschnittlich 21,5 Punkten die höchste Relevanz. Auf der rechten Seite der Abbildung erfolgt die Gegenüberstellung der Bedürfnisrelevanz mit dem Erfüllungsgrad des jeweiligen Kriteriums aus Sicht der Befragten. Es zeigt sich, dass das Hauptkriterium (dank der Bera-

tung eine bessere Anlagerendite erreichen) gegenüber 2012 einen höheren Erfüllungsgrad aufweist (5,3 vs. 4,6), dieser bleibt aber im Vergleich zum Erfüllungsgrad anderer Bedürfnisse unterdurchschnittlich.

Die Bedeutung der Rendite ist ein kontrovers diskutiertes Thema unter Fachleuten im Private Banking. Bereits frühere Studien haben immer wieder die Bedeutung herausgestrichen, welche die Kunden dem Aspekt der Rendite beimessen. Relativiert wurden diese Resultate durch die Ansicht, dass es aufgrund der teilweise sehr schlechten Markttrenditen während der Finanzkrise logischerweise zu einer erhöhten Aufmerksamkeit auf den Faktor Rendite kam. Inzwischen lassen die Resultate der diesjährigen Befragung eher vermuten, dass der Renditeaspekt unabhängig von der Marktphase von erheblicher Bedeutung ist: Auch in einem Umfeld steigender Kurse – wie dies 2013 der Fall war – wird dem Renditeaspekt von den Befragten eine hohe Relevanz zugeordnet. Somit lässt sich festhalten: Rendite spielt für Private-Banking-Kunden nicht nur in einem schlechten Umfeld eine sehr wichtige Rolle.

REDAKTION

Simon Tribelhorn,
Geschäftsführer,
Liechtensteinischer
Bankenverband



Rafik Yezza,
stellvertretender
Geschäftsführer,
Liechtensteinischer
Bankenverband



Anita Hardegger,
Personalentwicklung/
-strategie,
Liechtensteinischer
Bankenverband



Esther Eggenberger,
Assistentin der
Geschäftsleitung,
Liechtensteinischer
Bankenverband



Johann Wucherer,
Operations, Recht
& Compliance,
EWR-Monitoring,
Liechtensteinischer
Bankenverband



Andrea Brüllmann,
Rechtskonsultin,
Liechtensteinischer
Bankenverband



GASTAUTOREN DIESER AUSGABE

Prof. Dr. Teodoro D.
Cocca, ordentlicher
Professor für Wealth
und Asset Manage-
ment, Johannes
Kepler Universität
Linz



Enrique Velázquez
Head of Public
Affairs, European
Banking Federation



Steffen Klatt,
Geschäftsführer,
Textagentur Café
Europe



Fakten

Erzählt

Ein Kaufmann kehrte eines Abends in eine Herberge ein und bestellte ein Essen. Der Wirt servierte ihm ein gebratenes Huhn, einige Eier und Fladenbrot. Am nächsten Morgen reiste der Kaufmann noch vor Tagesanbruch ab und sagte, er würde die Rechnung für das Mahl auf seiner Rückreise begleichen. Nach einigen Wochen betrat der Kaufmann erneut die Herberge und ass wieder ein Huhn mit Brot und Eiern. Am nächsten Tag, kurz bevor der Kaufmann abreisen wollte, sagte er zu dem Wirt: „Guter Mann, was habe ich dir für Speise und Trank zu bezahlen?“ Der Wirt sprach frech: „Ich bekomme von dir die bescheidene Summe von zweihundert Goldstücken!“

Der Kaufmann glaubte sich verhöhnt zu haben: „Du machst üble Scherze mit mir! Für die beiden Hühner, das bisschen Fladenbrot und die Eier kannst du doch nicht den Preis verlangen, den ich für ein edles Reitpferd entrichten müsste!“

„Ich verlange nur, was mir in meiner Rechnung zusteht“, erwiderte der Wirt. „Denn siehe, das Huhn, welches du vor einigen Wochen verzehrt hast, hätte jeden Tag ein weiteres Ei gelegt. Und aus den Eiern wären Küken geschlüpft. Ich hätte bald schon so viele Hühner in meinem Stall wie ein Grossbauer. So gesehen sind zweihundert Goldstücke durchaus ein berechtigter Preis.“ Da der Kaufmann in dem Wirt einen Betrüger sah, bat er den Richter des Ortes zu entscheiden, welcher Preis für die Mahlzeiten in der Herberge angemessen wäre. „Hast du mit dem Wirt einen Preis für die Hühner, die Eier und das Brot ausgehandelt?“, fragte der Richter den Kaufmann. „Nein“, antwortete der Kaufmann. „Aber im ganzen Land wird für so ein Essen nie mehr als ein Goldstück entrichtet!“ Der Richter jedoch sagte: „Was der Wirt sagt, leuchtet mir ein, und jeder kann seinen Preis festlegen. Du hättest vorher fragen müssen.“ Und er verurteilte den Kaufmann zur Zahlung der zweihundert Goldstücke. Nasreddin, der von diesem Urteil hörte, bot dem Kaufmann an, sich für seine erneute Verhandlung vor Gericht einzusetzen. Schliesslich willigte der Richter ein und die zweite Verhandlung begann. Doch Nasreddin kam absichtlich zu spät und der Richter musste die Verhandlung um einige Stunden verschieben. Als dann Nasreddin endlich erschien, bat er den Richter, ihn zuerst anzuhören, bevor er schimpfe. Der Richter war einverstanden und Nasreddin erklärte: „Ich beschäftige einen Landarbeiter, der heute Weizen

auf meinem Acker aussäen sollte. Und ich füllte für die Aussaat einige Säcke mit bereits abgekochten Körnern, mit denen ich eigentlich Weizengriess zubereiten wollte.“ „Nasreddin ist übergeschnappt!“, rief der Richter. „Er will gekochten Weizen aussäen! Jedes Kind weiss doch, dass es unmöglich ist, daraus neue Pflanzen zu erhalten!“ „Siehst du“, sagte Nasreddin zum Richter. „Auch gebratene Hühner können keine Eier legen und aus gekochten Eiern können keine Küken schlüpfen!“ Da sah der Richter sein Fehlurteil ein und der Wirt der Herberge musste sich mit zwei Goldstücken zufrieden geben.

(Quelle: Einhundertundeine Geschichte von Nasreddin Hodscha, herausgegeben von Jürgen Bosbach)

Zitiert

Wissenschaft besteht aus Fakten wie ein Haus aus Backsteinen, aber eine Anhäufung von Fakten ist genauso wenig Wissenschaft, wie ein Stapel Backsteine ein Haus ist.

Henri Poincaré

Die ärgerlichste Kritik besteht in der Nennung von Fakten.

Dr. phil. Michael Richter



Wie viele Gesichter sind im Baum versteckt?

(Weitere Illusionen: www.illusionen.biz)